



- "Braucht man da Eier?" Journalismus und Politik
- 70 Jahre DEFA Utopie und Realität



Wahljahr

Versprechen und Wirklichkeit

#### **IM FOKUS: WAHLJAHR**



Foto: Deutscher Bundestag/ Simone M. Neumann

Foto Cover: Deutscher Bundestag/ Achim Melde

## 6 VERSPRECHEN UND WIRKLICHKEIT

Von Günter Herkel

### 10 VIEL ZU TUN FÜR DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

ver.di erwartet eine sozialere, arbeitnehmerorientierte Politik M sprach mit Cornelia Berger, Leiterin des Bereichs Kommunikation bei ver.di

### 12 SCHLECHTES ZEUGNIS

Für Margit Stumpp von Bündnis 90/Die Grünen eine Grundsatzfrage: Wie stärken wir unabhängigen Journalismus?

### 13 DIGITALISIERUNG: "VIEL ZEIT VERTRÖDELT"

Jens Zimmermann (SPD) plädiert für Recht auf Homeoffice und mobile Arbeit

### 15 KONKRETE GEFÄHRDUNG

Linken-Politikerin Martina Renner über Bedrohungen von Rechts und die Lage der Pressefreiheit

### 16 SELFIES, WELPEN UND EIN BISSCHEN POLITIK

Soziale Medien für direkte und ungefilterte politische Botschaften

### 18 GENAU HINSEHEN, WER DAS LAND REGIEREN SOLL

Gespräch mit taz-Chefredakteurin Barbara Junge über Wahlberichterstattung

### 20 "BRAUCHT MAN DA EIER?"

Journalismus und Politik – zwischen Nähe und Kritik

### 21 HANDWERKS-CHECK: WAHLBERICHTS-ERSTATTUNG

#### **MEINUNG**

# 4 BILDKRITIK Vereinfachte Symbolik: Islam gleich Kopftuch

5 AUCH INTERN
UNBEQUEM: PANORAMA

#### **MEDIENWIRTSCHAFT**

### 22 ZWISCHEN UTOPIE UND REALITÄT

Vor 75 Jahren wurde die Filmgesellschaft DEFA gegründet

### 24 SPRINGER-DEAL MIT FACEBOOK

Plattform zahlt nun für Inhalte führender Medienmarken

### **26 BERLINER ABENDBLATT**

Anzeigenzeitung wird eingestellt

### **26 SCHON ENTDECKT? VETO**

### 27 DAS ZUBROT ZUM HONORAR

VG Wort und Bild-Kunst verhelfen Urheber\*innen zu ihrem Geld

#### **INTERNATIONAL**

### 28 POLIZEIGEWALT IN KOLUMBIEN

Demonstranten und Pressevertreter gezielt beschossen

### 29 AKTION FÜR RABAH KARECHE, ALGERIEN

Nach Bericht über Proteste verhaftet

#### **TARIFE UND HONORARE**

- 30 FILMSCHAFFENDE: LÄNGERE RUHEZEITEN
- 30 CINESTAR: VERLÄNGERTE LAUFZEITEN
- 30 RUNDFUNK: FÜR FREIE MEHR MITBESTIMMUNG

### **VERDI UNTERWEGS**

- 30 TRAUER UM KARL KÖNIGBAUER
- 31 TRAUER UM BERND KÖHLER
- 31 URHEBERRECHT: EINE "MUTLOSE REFORM"
- 31 IMPRESSUM



## PODCAST SPEZIAL ZUR RUNDFUNKPOLITIK

IM JUNI 2021: SERIÖSES FÜR JUNGES PUBLIKUM Alle M-Podcast unter https://mmm.verdi.de/podcast/

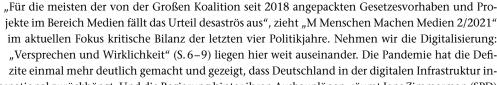
### **EIN BLICK INS VER.DI-NETZ LOHNT:**

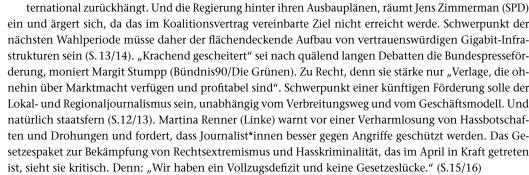
https://mmm.verdi.de https://selbststaendige.verdi.de https://dju.verdi.de https://rundfunk.verdi.de



Karikatur: Gerhard Mester

# Kritische Bilanz und offene Forderungen





"ver.di wählt" ist der Slogan der gewerkschaftlichen Kampagnenseite im Bundeswahlkampf. (https://verdi-waehlt.verdi.de/) Erwartet wird von den Parteien und ihre Kandidat\*innen, dass sie sich für einen gesellschaftlichen Wandel einsetzen, für eine Politik, die soziale Gerechtigkeit und Demokratie fördert, die Spaltung des Arbeitsmarktes und Raubbau an der Natur überwindet. ver.di-Kommunikations-Chefin Cornelia Berger bescheinigt der Bundesregierung, viele Hausaufgaben nicht gemacht zu haben. Mit Blick auf den Medien-, Kunst- und Kulturbereich benennt sie etwa das fehlende Pressauskunftsgesetz auf Bundesebene, das klare Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, eine bessere tarifliche Absicherung und mehr Mitbestimmung, das Vorgehen gegen Millionen befristet Arbeitsverträge und die bessere soziale Absicherung von Selbstständigen (S.10/11).

Kritisch bleibt immer noch das Verhältnis von Ost und West in Deutschland. Es mangelt an gegenseitiger Kenntnis und am Verständnis füreinander. Da hilft vielleicht die Würdigung der 75jährigen Geschichte der DEFA, die sich vor allem in der DDR "Zwischen Utopie und Realität" bewegte (S.22/23).

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

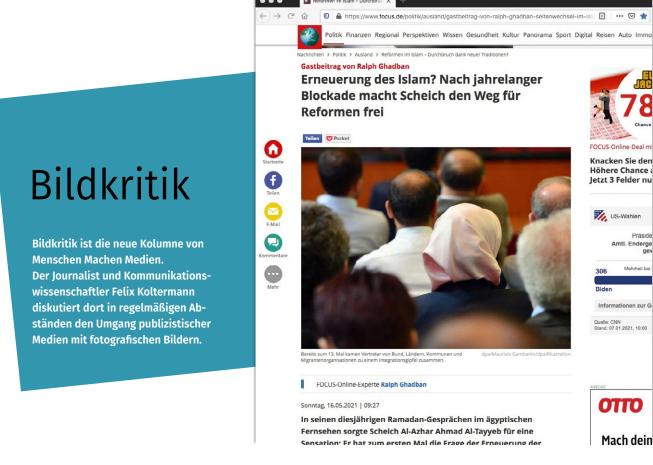


Foto: Kay Herschelmann



M wünscht eine guten (zunehmend Corona-freien) Sommer bis zur nächsten Printausgabe im September, den nächsten Landtagswahlen und der Wahl des Bundestages am 26. September.

Bis dahin bleibt M Online aktuell "auf Sendung" (https://mmm.verdi.de).



Screenshot: Felix Koltermann

# Vereinfachte Symbolik: Islam gleich Kopftuch



omplexe Analysen innerislamischer Debatten sind im deutschen Journalismus eher selten. Umso trauriger, dass ein bei FOCUS Online publizierter Hintergrundartikel zum Thema durch die von der Redaktion vorgenommene Visualisierung einen problematischen

und sachlich falschen Deutschlandbezug bekommt.

Am Sonntag 16. Mai 2021 publizierte FOCUS Online in der Rubrik Ausland einen Gastbeitrag des Islamwissenschaftlers Ralph Ghadban. Er trägt den Titel "Erneuerung des Islam? Nach jahrelanger Blockade macht Scheich den Weg für Reformen frei". Thema des Artikels sind Äußerungen des Scheichs Al-Azhar Ahmad Al-Tayyeb in den Ramadan-Gesprächen im ägyptischen Fernsehen. Als Teaserbild wählte die Redaktion ein Bild des dpa Fotografen Maurizio Gambarini. Es zeigt eine von hinten fotografierte Gruppe von Menschen mit einer kopftuchtragenden Frau in der Bildmitte. Versehen ist es mit dem Zusatz "Illustration" und folgender Bildunterschrift: "Bereits zum 13. Mal kamen Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen und Migrantenorganisationen zu einem Integrationsgipfel zusammen". Ohne Not wird so ein unpassender Deutschlandbezug hergestellt und das Bild darüber hinaus falsch kontextualisiert.

Der als FOCUS-Online-Experte eingeführte Autor zeichnet im Text in großer Detailfülle nach, wie der Imam der ägyptischen Al-Azhar-Moschee Al-Tayyeb, der lange Jahre auch Rektor der gleichnamigen islamischen Universität war, in einem Fernsehinterview vom 3. Mai

einige Grundpfeiler seiner bis dahin vertretenen Thesen revidiert. Es geht dabei vor allem um die Bedeutung der Sunna als zweite Quelle für islamisches Recht neben dem Koran. Laut Ghadban öffnet sich mit Al-Tayyebs Aussagen ein neuer Raum für Religionskritik im sunnitischen Islam. Der Autor interpretiert die Aussagen des Scheichs vor dem Hintergrund weiterer Entwicklungen etwa in Saudi-Arabien als Öffnungsschritte in der arabischen Welt. Damit entfaltet der Text ein interessantes und vielschichtiges Panorama innerislamischer Debatten.

Die den Text auszeichnende Präzision wird mit der Bildauswahl völlig unnötig konterkariert. Und dies in zweifacher Hinsicht. Erstens wird durch die Bildunterschrift ein Bezug des Artikelthemas zum Integrationsgipfel der Bundesregierung hergestellt. Aber weder gibt es einen inhaltlichen Bezug zwischen dem Text und den Themen des Integrationsgipfel, der ja bewusst breiter aufgestellt ist als etwa die Deutsche Islamkonferenz, noch zeigt das Bild tatsächlich den 13. Integrationsgipfel. Stattdessen sind auf dem Bild laut dpa-Bilddatenbank Teilnehmer\*innen des Bundeskongresses der Türkischen Gemeinde in Deutschland im Jahr 2017 zu sehen. Zweitens wird durch die Bildauswahl eine theologische Debatte innerhalb des sunnitischen Islam fotografisch auf das Symbol einer kopftuchtragenden Frau reduziert. Damit reproduziert die Redaktion klassische und oft kritisierte Klischees der Islamberichterstattung. Das kann auch der hinter der Bildquelle platzierte Zusatz "Illustration" nicht ungeschehen machen.

Felix Koltermann <<

# Auch intern unbequem



anorama" ist nicht das erste, aber das älteste Politikmagazin im deutschen Fernsehen. Und es hatte eine schwere Geburt. Was da am 4. Juni 1961 auf dem Bildschirm in Schwarz-Weiß

Premiere feierte, war ein ziemlich unverdaulicher Kessel Buntes aus aktueller Politik, Auslandsreportage und Unterhaltung. Doch schon bald hatte "Panorama" seine erste Sternstunde. Am Tag des Mauerbaus in Berlin, am 13. August 1961, glänzte die Redaktion vor dem noch überschaubaren Publikum von ARD2, dem damals zweiten Fernseh-Programm in Deutschland, mit Schalten in verschiedene Hauptstädte. Nach zwei Jahren war "Panorama" der regierenden CDU bereits derart auf die Nerven gegangen, dass die Partei-Vertreter in den NDR-Gremien die Verlängerung des Vertrags von Redaktionsleiter Gert von Paczensky blockierten. Es sollte nicht der letzte Versuch der Politik bleiben, kritischen Journalismus in öffentlich-rechtlichen Medien zu stutzen.

**Thomas Gehringer** Freier Journalist in Köln



Foto: privat

"Nun wollen wir uns noch ein wenig mit der Bundesregierung anlegen", hatte von Paczensky im April 1963 einen Beitrag mit selbstbewusster Ironie anmoderiert. Doch das Adenauer-Deutschland war von lebendiger Debattenkultur weit entfernt. Dem Redaktionsleiter wurde insbesondere übel genommen, dass "Panorama" die Kritik am Vorgehen der Bundesregierung in der "Spiegel-Affäre" 1962 in die Öffentlichkeit getragen hatte. 1978 kündigte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) sogar den NDR-Staatsvertrag. Die Berichterstattung zum Bau des Atomkraftwerks Brokdorf missfiel dem Konservativen. Für die Sendung arbeiteten namhafte Journalis-

tinnen und Journalisten wie Sebastian Haffner, Peter Merseburger, Joachim Fest, Franziska Hundseder, Alice Schwarzer, Luc Jochimsen, Stefan Aust und Gerd Ruge. Den Mächtigen auf die Finger schauen und sich im Zweifel mit ihnen "noch ein wenig anlegen" ist bis heute Anspruch und Markenzeichen von "Panorama" geblieben. Allerdings haben sich Medienwelt und Öffentlichkeit grundlegend gewandelt, der NDR hat darauf auch mit weiteren Formaten reagiert, mit "Panorama – Die Reporter" und "Panorama 3" im dritten Programm sowie "Strg\_F" bei Funk, dem ARD/ZDF-Netzwerk für das junge Publikum. In den vergangenen Monaten war die Corona-Pandemie Thema Nummer eins, aber zum "Panorama"-Profil gehören auch regelmäßige Berichte über rechtsextreme Netzwerke.

Kein Wunder also, dass die durch soziale Medien beschleunigten Empörungswellen über die vermeintlichen "Staatsmedien" insbesondere auch "Panorama" treffen, obwohl das Magazin nach wie vor mit Regierenden kritisch ins Gericht geht und etwa über die Rolle des ehemaligen Hamburger Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) im Cum-Ex-Skandal recherchierte. Angesichts der Debatte um den Rundfunkbeitrag und die Zukunft von ARD und ZDF greift innerhalb der Sender allerdings Nervosität um sich. Ein Interview, das der Evangelische Pressedienst mit Redaktionsleiter Volker Steinhoff führte, wurde nicht autorisiert. Unbequem zu sein sei "eine Dienstleistung, die in der Demokratie dringend gebraucht wird", schreibt Steinhoff im Presseheft, mit dem der NDR das kritische Magazin (und sich selbst) feiert. Intern ist die "Dienstleistung", unbequem zu sein, gerade aber nur Thomas Gehringer << bedingt willkommen.



Medienpolitik ist Sache der Länder? Stimmt nicht ganz. Wenn der Breitbandausbau stottert, Großverlage mit Haushaltsmitteln üppig gefördert werden sollen, per BND-Gesetz der journalistische Quellenschutz bedroht wird, dann greift die Bundesregierung direkt oder indirekt in die Arbeit von Medien und Journalist\*innen ein. Für die meisten der von der Großen Koalition seit 2018 angepackten Gesetzesvorhaben und Projekte im Bereich Medien fällt das Urteil desaströs aus. Eine kritische Bilanz.

# Versprechen und Wirklichkeit

Von Günter Herkel

S

ie haben es wieder getan! In kaum einem Bereich fallen Ankündigungen und krude Realität der Regierungspolitik so weit auseinander wie bei der Digitalisierung. Die Koalitionsvereinbarung von 2018 verhieß noch den Weg "an die Weltspitze" im Bereich der digitalen Infrastruktur. Spätestens während der Pandemie wurde schonungslos klar, dass dieser Weg noch sehr weit und steinig ist. Flächendeckender digitaler Unterricht zum Beispiel dürfte hierzulande noch auf lange Zeit ein schöner Traum bleiben.

Auch wenn Andreas Scheuer, Bundesminister nicht nur für Verkehr, sondern auch für digitale Infrastruktur, die Entwicklung der Breitband-Versorgung als "Megaerfolg" feierte. Nach seiner Jubelmeldung hatten Ende 2020 ungefähr 59 Prozent der bundesdeutschen Haushalte "Zugang zu ultraschnellem Internet mit einem Gbit pro Sekunde". Was der Minister geflissentlich unterschlug: Das Gros der Anschlüsse basiert noch auf Kupfer, bei der Versorgung mit Glasfaser hinkt Deutschland im europäischen Vergleich immer noch weit hinterher. Zu spüren bekommen das vor allem die Menschen im ländlichen Raum. Während in Hamburg, Bremen und Berlin über 90 Prozent der Haushalte bereits mit 1.000 MB/Sekunde surfen, gilt das nur für gut 20 Prozent der Landbevölkerung.

Fast zeitgleich mit Scheuers Jubelmeldung prangerte ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirats aus dem Bundeswirtschaftsministerium den Digitalisierungsrückstand mit harten Worten an. Da war von "archaischen Zuständen" und "Organisationsversagen" die Rede. Während es beim Homeoffice während der Corona-Krise noch gelungen war, in kurzer Zeit auf digitale Kommunikation umzustellen, sei das im Schulund Gesundheitswesen "nur mühsam oder so gut wie gar nicht" der Fall. Selbst von einer massiven Erhöhung der Mittel sei vorerst keine Beschleunigung zu erwarten. Beleg dafür sei etwa der "Digitalpakt Schule", dessen Mittel bislang kaum an den Schulen angekommen seien. Nur zehn Prozent der Eltern - dies ergab eine andere vergleichende Studie – empfanden den Wechsel vom Präsenzunterricht zur digital vernetzten Variante als reibungslos geglückt. Fünfzig Prozent dagegen meinten, die Schulen seien "gar nicht" vorbereitet gewesen. Wen wundert's da noch, dass Internet-Guru Sascha Lobo Deutschland als "Digital Failed State" ansieht? "Die digitale Infrastruktur ist noch schlimmer als gedacht", sagt Lobo in seiner Eröffnungsrede zur re:publica Ende Mai und warf der Regierung beim Breitbandausbau "Wortbruch" vor. Zur Wiedervorlage 2025?

### Bundespresseförderung im Kreuzfeuer der Kritik

Die Vielfalt der Presse erhalten – ein hehres Ziel. Den größten medienpolitischen Flop landete die GroKo ausgerechnet mit dem Prestigeprojekt Presseförderung. Stattliche 220 Millionen Euro wollte die Bundesregierung lockermachen, um den Verlagen bei der digitalen Transformation unter die Arme zu greifen. Was Ende 2019 als Versuch einer reinen Vertriebsförderung startete, bekam ein Jahr später den vielversprechenden Haushaltstitel "Erhalt der Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland sowie Stärkung des



Öffentliche Anhörung der Spitzen der Bundesnachrichtendienste vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestages am 29. Juni 2020.

Die Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Dr. Bruno Kahl, und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, sowie des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD), Dr. Christof Gramm, stellten sich den Fragen der Abgeordneten.

Themen waren u.a. die gestiegene Gewaltbereitschaft in allen Extremismusbereichen, die zugenommenen rechtsextremistischen Verdachtsfälle in der Bundeswehr sowie die strategische Fernemeldeaufklärung durch den BND.

Journalismus und darin tätiger Medienschaffender". Von Anfang an stand das Projekt im Kreuzfeuer der Kritik. Zweifelhaft erschien schon der Zuschnitt des angepeilten Empfängerkreises: Abonnementzeitungen und -zeitschriften sowie Anzeigenblätter mit einem redaktionellen Anteil von mindestens 30 Prozent, die Investitionen ins Digitale würden nachweisen können. Ausgerechnet digitale Medien, deren Betreiber offensichtlich mehr Innovationsbereitschaft gezeigt hatten, sollten dagegen leer ausgehen. Selbst im Haushaltsausschuss hegte man schnell die Befürchtung, das Ganze könne auf Mitnahmeeffekte von Verlagen hinauslaufen, die ohnehin Digitales im Sinne hatten, die bislang jedoch eher durch wenig Innovation aufgefallen waren.

Entsprechend phantasielos auch die angedachten Förderkriterien: Gekoppelt werden sollten die staatlichen Hilfen an die "aktuellen Reichweiten oder Auflagen" der Publikationen. Unterstützung also nach dem klassischen Gießkannenprinzip, das logischerweise Großverlage begünstigt. Mit "Medienvielfalt" und "Stärkung des Journalismus" hätte dieses Modell rein gar nichts zu tun gehabt. Eher schon mit staatlich forcierter Pressekonzentration. Ein Grund mehr für digitale Startups wie "Krautreporter", der Regierung mit einer Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung der Pressefreiheit durch Verzerrung des publizistischen Wettbewerbs zu Lasten reiner Digitalmedien zu drohen.

Kritik der Verlegerverbände, die am liebsten an einer großzügigen Vertriebsförderung festgehalten hätten einerseits, die Aussicht auf eine saftige Verfassungsklage wegen Verletzung der Staatsferne andererseits – entnervt vom geballten Widerstand dieser disparaten Interessengruppen brach die Koalition Ende April dieses von Anfang an umstrittene "Reform"vorhaben ab. Erneut Thema in der nächsten Legislaturperiode?

## Kontroverse Positionen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

"Im Wissen um die Zuständigkeit der Länder bekennt sich die Koalition zur dualen Medienordnung", heißt es lapidar im Koalitionsvertrag. Dass Rundfunk Ländersache ist, hindert allerdings einige Bundesparteien nicht, sich in dieser Frage kontrovers zu positionieren. Zuletzt vermochte es der FDP-Bundesvorstand nicht zu verhindern, dass sich auf dem Wahlparteitag Mitte Mai eine knappe Mehrheit für eine Senkung des Rundfunkbeitrags aussprach – selbstredend im Interesse eines "moderneren und schlankeren" öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Dass die Liberalen als Verfechter des Privat(rundfunk) kapitals vor vier Jahren noch weitaus radikaler gegen "gebührensubventionierte Marktverzerrung" gewettert hatten, macht die Sache nicht besser. Christoph Schmitz, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, verurteilte solcherlei Ansinnen als verfassungsrechtlich nicht zulässig, stellen sie doch einen "staatlichen Eingriff in die Programmvielfalt und Rundfunkfinanzierung" dar.

Im Dezember 2020 wurde die Verabschiedung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags vom Land Sachsen-Anhalt blockiert. Ein faktisches Bündnis von CDU und AfD vereitelte die überfällige moderate Anpassung des Beitrags von jetzt 17,50 auf 18,36 Euro. Die Anstalten reichten dagegen Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Das Urteil steht noch aus. Infolge mangelnder Planungssicherheit sahen sich einige Anstalten genötigt, Tarifverträge zu kündigen und Programmleistungen zu kürzen.

Den Gegnern eines verfassungsrechtlich legitimierten bedarfsgerecht finanzierten Rundfunks dürfte das nicht reichen. Ende Februar dieses Jahres schlug die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung vor, ARD und ZDF zu einem Sender zu fusionieren und große Teile des Programms den Privaten zu überlassen. Der Kernauftrag dieses Einheitskanals solle dann auf Information, Kultur und Bildung schrumpfen, Unterhaltung und Sport den Privatsendern überlassen werden. Auch im Grundsatzprogramm der CSU von 2016 heißt es: "Wir streben langfristig die Zusammenlegung von ARD und ZDF unter einem Dach an: Kostspielige Doppelstrukturen sollen beseitigt werden, die Programmvielfalt erhalten bleiben." Mit weiteren Vorstößen aus diesem politischen Spektrum ist auch künftig zu rechnen.

# BND-Gesetz trotz aller Warnungen beschlossen

2017 war das von der damaligen Großen Koalition beschlossene BND-Gesetz in Kraft getreten – trotz des geballten Widerstands von Opposition, Mediengewerkschaften und Bürgerrechtsorganisationen. Damit wurde die jahrelange rechtswidrige Abhörpraxis des Bundesnachrichtendienstes gegenüber ausländischen und (indirekt) auch deutschen Journalist\*innen nachträglich legitimiert – auch die seit den Enthüllungen Edward Snowdens ruchbar gewordene Kooperation mit der US-amerikanischen NSA.

Gegen Teile dieses Gesetzes erhoben Anfang 2018 eine Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie die Mediengewerkschaften unter Einschluss der dju in ver. di Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Hauptmotiv: die darin vorgesehene Möglichkeit einer nahezu lückenlosen Massenüberwachung, die den BND autorisierte, im Ausland Datenströme ohne konkreten Anlass durchzuforsten. Mit Erfolg: Im Mai 2020 erklärten die Karlsruher Richter das Gesetz für verfassungswidrig, da es gegen das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 11 und gegen die Pressefreiheit nach Artikel 5 verstoße.

Doch die GroKo kann es nicht lassen. Offenbar nach dem Motto "Frechheit siegt" peitschte sie im März dieses Jahres einen nur marginal veränderten Gesetzentwurf durch Parlament und Bundesrat. Das Paragrafenwerk gibt dem BND erneut massive Befugnisse. Er kann jetzt riesige Datenmassen abhören, bis zu "30 Prozent der Übertragungskapazität aller global bestehenden Telekommunikationsnetze". Er darf Kommunikationsanbieter hacken, auch ohne deren Wissen. Das betrifft

faktisch sämtliche Dienste im Ausland, inklusive der US-amerikanischen Tech-Giganten wie Google & Co.

Zitat aus dem Koalitionsvertrag 2018: "Eine freie Presse und freie Medien brauchen auch in Zukunft einen wirksamen Berufsgeheimnis- und Informantenschutz." Aber gerade der journalistische Quellenschutz könnte mit dem neuen Gesetz auf der Strecke bleiben. Es drohe eine "Schwächung des rechtlichen Status von Reportern und Redakteuren als Berufsgeheimnisträgern sowie des Redaktionsgeheimnisses", warnte ein Medienbündnis aus dju, DJV, BDZV, VDZ, VAUNET sowie ARD und ZDF. Die "gezielte Erhebung von personenbezogenen Daten aus Vertraulichkeitsbeziehungen" sei "unzulässig".

Trotz der Warnungen der gesamten Medienbranche wurde das Gesetz am 19. April 2021 vom Bundespräsidenten unterzeichnet. Reporter ohne Grenzen nannte den Vorgang eine "verpasste Chance für die Pressefreiheit" und erwägt, dagegen erneut vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen.

### Zeit für umfassenden Schutz von Whistleblowern

Egal, ob es um illegale Arbeitsbedingungen, Betrügereien oder umweltschädliche Produktionsmethoden geht: Whistleblower sind mutige Menschen, die bereit sind, illegale Aktivitäten von Unternehmen oder Behörden ans Licht zu bringen, um die Allgemeinheit zu schützen – oft unter Gefahr für ihre Karriere und



Mehr Rechtssicherheit, klare Regeln: Whistleblower\*innen besser schützen! Der DGB hat zu dieser Frage ein Positionspapier veröffentlicht: https://kurzelinks.de/ dgb-pos-papier

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) stellte sich am 12. Februar 2020 den Fragen der Journalist\*innen. Zuvor hatte er dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages über die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus berichtet.

Foto: Christian Ditsch





rheberrech

Zur Verabschiedung des neuen Gesetzes zum Urheberrecht:

https://mmm.verdi.de/ medienpolitik/eine-mutlose-reform-des-urheberrechts-73583

https://mmm.verdi.de/meinung/urhebervertragsrechtfuer-mehr-fehlt-mut-73591 ihren Lebensunterhalt. Auf EU-Ebene existiert bereits seit Ende 2019 eine Richtlinie, die einheitliche Standards zum Schutz von Whistleblowern vorschreibt. Die EU-Mitgliedsstaaten haben Zeit bis Ende 2021, um diese Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Derzeit sieht es jedoch nicht danach aus, als würde hierzulande das sogenannte "Hinweisschutzgebergesetz" noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet. Ein entsprechender Entwurf des Bundesjustizministeriums liegt seit Dezember 2020 vor. Doch bislang scheiterte eine Einigung am Widerstand aus der Wirtschaft und dem größeren Koalitionspartner CDU/CSU.

Die EU-Vorschriften verpflichten öffentliche und private Organisationen sowie Behörden dazu, sichere Kanäle für die Meldung von Missständen einzurichten. Das betrifft der Richtlinie zufolge auch Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern. Auch nach dem deutschen Entwurf sollen Behörden und Unternehmen ab einer bestimmten Größe Meldesysteme einrichten müssen. Whistleblower sollen selbst entscheiden können, ob sie erst intern Alarm schlagen oder sich gleich an externe Meldestellen wenden. Kritiker dieser Regelung verweisen auf die Gefahr von Falschmeldungen und möglichen Imageschäden für den betroffenen Betrieb. Von den bisherigen Praxiserfahrungen wird diese Unterstellung unbegründeten Denunziantentums nicht bestätigt.

Nach dem geltenden Arbeitsrecht wird der internen Meldevariante der Vorrang eingeräumt. Dies stößt jedoch in der Praxis schnell an Grenzen. Schließlich gehöre es gerade zum Wesen von Korruption und Wirtschaftskriminalität, "dass die Akteure miteinander verstrickt sind und für Mitarbeiter und Außenstehende nicht ersichtlich ist, wer an den Taten beteiligt ist", argumentierte unlängst die "Süddeutsche Zeitung". Ein Whistleblower bei "Wirecard" hätte sich nach Lage der Dinge wohl schlecht an die Vorstandsmitglieder seines Unternehmens wenden können. Dass das neue Gesetz beide Melderichtungen gleichwertig nebeneinanderstellt, erscheint daher sinnvoll.

Ein Dorn im Auge ist der Union auch die im Gesetzentwurf vorgesehene Beweislastumkehr. Demnach müssen Arbeitgeber nachweisen, dass eine Kündigung nichts mit der Aufdeckung von Missständen zu tun hat. Dies laufe auf eine "erhebliche Mehrbelastung" für die Unternehmen hinaus, monieren CDU/CSU. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bleibt dagegen hart: Eine "Schmalspurlösung" werde es mit ihm nicht geben.

### Neues Urheberrecht ohne Möglichkeit zur Verbandsklage

Auf den letzten Drücker – kurz vor dem Ende der Frist am 7. Juni – verabschiedete der Bundestag am 20. Mai das Gesetz zur Umsetzung der EU-Urheberrechtslinie. Dem Wunsch, dieses Recht zu modernisieren und an die Bedürfnisse der digitalen Gesellschaft anzupassen, stand dabei die Furcht vor Uploadfiltern und einer mutmaßlich davon ausgehenden Bedrohung des freien Internets entgegen. Große Upload-Plattformen wie YouTube und Facebook sind künftig für alle von ihnen zugänglich gemachten Inhalte urheberrechtlich verantwortlich. Im Falle einer Urheberrechtsbeschwerde haben Plattformen und soziale Netzwerke nun sieben Tage Zeit zu entscheiden, ob eine Urheberrechtsverletzung vorliegt. Wie diese Richterrolle in der Praxis funktioniert, muss die Zukunft zeigen. Die neuen Pflichten der Plattformen, so die Erwartung von Gesetzgeber und Freunden eines freien Internet, dürfen jedenfalls nicht dazu führen, dass auch erlaubte Inhalte blockiert werden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht handelt es sich um eine verpasste Chance, die Urheberregelungen zugunsten professionell Kreativschaffender zu verbessern. In einigen materiell bedeutsamen Fragen knickte die GroKo am Ende vor dem Lobbydruck von Großverlagen und Internet-Konzernen ein. So gelang es nicht, die von Urheber- und Künstler\*innenverbänden kritisierte "Bagatellklausel" abzuwehren. Das auch von ver.di geforderte Verbandsklagerecht wurde abgeschmettert. Dass der Auskunftsanspruch der Verbände über die erfolgten Nutzungen durch die Verwerter am Ende durch einen "Verhältnismäßigkeitsvorbehalt" entscheidend verwässert wurde, wertete ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz als "Affront gegen die Kreativschaffenden und ihre Gewerkschaft".

### Lobbyregister lange ausgebremst

Seit Jahrzehnten steht es auf der Agenda fast aller Bürgerrechtsorganisationen - Ende März wurde es endlich Wirklichkeit: Deutschland bekommt endlich ein verpflichtendes Lobbyregister. Auch in diesem Punkt hatte die CDU/CSU-Fraktion bislang hartnäckig auf der Bremse gestanden. Erst unter dem Eindruck immer neuer skandalöser Details in der Maskenaffäre und dem Absturz in den Wahlprognosen stimmte die Union einer Verschärfung der Verhaltensregeln für Abgeordnete zu. Demnach soll künftig die bezahlte Lobbytätigkeit neben dem Mandat strikt verboten und bestraft werden. Nebeneinkünfte und Unternehmensbeteiligungen sollen umfassender als bisher offengelegt werden. Erstmals soll die Transparenzpflicht auch für Aktienoptionen und sonstige geldwerte Vorteile gelten. Zudem ist auch die Lobbytätigkeit gegenüber der Bundesregierung eingeschlossen. Eine Meldepflicht besteht daher künftig nicht nur für Lobbyistenkontakte an der Spitze der Ministerien, sondern schon für solche auf der Ebene von Abteilungs- und Unterabteilungsleitungen.

Kritikern geht das Lobbyregister allerdings längst nicht weit genug. Hartmut Bäumer, Vorsitzender von Transparency International, fehlt eine "Kontrollinstanz, die die Einhaltung der neuen Regeln überprüft". Bäumer schwebt hier eine unabhängige Lobbybeauftragte – analog zum Bundesdatenschutzbeauftragten – vor. «



10 M 2.2021

# Viel zu tun für die neue Bundesregierung

ver.di erwartet eine sozialere, arbeitnehmerorientierte Politik

m Bundestagswahlkampf fordert ver.di von den Parteien und ihren Kandidat\*innen, dass sie sich für einen gesellschaftlichen Wandel einsetzen, für eine Politik, die soziale Gerechtigkeit und Demokratie fördert, die Spaltung des Arbeitsmarktes und Raubbau an der Natur überwindet. Es soll nach Corona kein Zurück in eine "alte" Normalität geben.

Konkrete Forderungen reichen von mehr Tarifbindung über eine ökologische Verkehrs- und Energiewende bis zur Aufwertung des 8. Mai als gesetzlichen Feiertag. In so gut wie allen

## M: Welche Themen siehst Du dabei als besonders dringlich an?

Cornelia Berger: Ein Blick in den Ko-

alitionsvertrag von Schwarz-Rot aus

dem Jahr 2018 zeigt, dass diese Bundes-

regierung viele Hausaufgaben nicht ge-

macht hat. Wir hatten große Hoffnungen

angesprochenen Themenbereichen

sind Erwartungen formuliert, die

den Medien-, Kunst- und Kulturbe-

reich direkt betreffen. Wir sprachen

mit Cornelia Berger, Leiterin des Be-

reiches Kommunikation bei ver.di.

auf ein Presseauskunftsrecht auf Bundesebene. Die Landespressegesetze geben Medienvertreter\*innen ja bereits weitgehende Informationsrechte gegenüber staatlichen Stellen. Seit 2012 besteht jedoch der Missstand, dass das Bundesverwaltungsgericht diesen Anspruch auf Bundesebene gekippt hat. Eine Korrektur des verwaltungsrechtlichen Problems wäre eine relativ kleine Hürde, wenn man den politi-Willen dazu hätte. Staatliches Handeln nach Artikel 5 Grundgesetz gegenüber den Medien transparent zu ma-

Foto: Jan-Timo Schaube

chen, ist überfällig.

### Und akut ist Deutschland im Ranking der Pressefreiheit gerade auf Platz 13 abgerutscht...

Ja, das Presseauskunftsgesetz ist ein Beispiel für ein grundsätzliches Problem. Die Bundesregierung hält die Pressefreiheit in Sonntagsreden und Koalitionsverträgen hoch, doch wenn es um die praktische Umsetzung und um Erleichterung der täglichen Arbeit von Journalist\*innen geht, dann hapert es mächtig. In den letzten Jahren mehren sich Fälle von Gewalt gegen Journalist\*innen, wir erleben durch Unternehmen, aber auch aus dem rechten Spektrum strategisch angelegte Klagen gegen Kolleg\*innen, womit unliebsame Berichterstattung verhindert werden soll. All das sind Missstände, gegen die eine künftige Bundesregierung energisch vorgehen sollte. Ich weiß sehr wohl, dass Pressegesetzgebung und Medienpolitik Ländersache sind. Doch müsste der Bund in vielen Fällen mehr tun, denken wir nur an die Sperrung von Journalistennamen im Melderegister. Deutschland kann sich nicht erlauben, im ROG-Ranking der Pressefreiheit noch weiter abzusinken. Eine künftige Regierung muss die Pressefreiheit mit konkreten Maßnahmen stärken.

### Auch die Medienvielfalt?

Die jetzige Bundesregierung war mit einem abenteuerlichen Versuch gestartet, den Vertrieb von Zeitungen zu subventionieren – auf Kosten der Sozialbeiträge der Zustellerinnen und Zusteller. Der ist auf der Strecke geblieben. Doch auch alle Überlegungen und Versuche, die Medienvielfalt durch gezielte Presseförderung zu stärken, sind gescheitert. Ich erinnere an das 220-Millionen-Euro-Projekt, das zuletzt kassiert wurde. Übrig bleibt: Die Bundespolitik hat sich nicht ernsthaft und fachlich angemessen genug mit der Frage von Vielfaltsicherung auseinandergesetzt. Da bleibt viel zu tun.

### Etwa auch die Gemeinnützigkeit von Non-Profit-Journalismus rechtlich abzusichern?

Diesen Weg und solche Initiativen haben wir als ver.di immer unterstützt und tun das weiter. Das kann aber nur ein Baustein sein, um Vielfalt zu stärken und auszubauen. Schon als es noch eine offizielle Pressestatistik gab, war deutlich, dass die Zahl von Ein-Zeitungs-Kreisen steigt. Inzwischen, behaupte ich, wächst gar die Zahl der Kein-Zeitungs-Kreise. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung. Um diese seriös zu analysieren, braucht es zunächst eine belastbare Medienstatistik. Darauf aufbauend muss dann das mediale Angebot für die Öffentlichkeit gestärkt werden.

### Wozu unbedingt auch der öffentlichrechtliche Rundfunk gehört?

Auch hier erleben wir eine besorgniserregende Entwicklung, speziell bei einem Blick in die Programmatik der AfD. Aber auch die FDP hat auf ihrem letzten Bundesparteitag Beschlüsse gefasst, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzuschränken. Dabei muss der angesichts der Presseentwicklung als breites Basisangebot im Sinne einer Daseinsvorsorge eher ausgebaut als gestutzt werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sicher einiges tun, um im digitalen Zeitalter und bei neuen Zielgruppen anzukommen, aber dafür ist er grundsätzlich zu stärken. Auch dazu und zu seinem Auftrag erwarten wir ein ganz klares Bekenntnis einer künftigen Bundesregierung - wohl wissend, dass Rundfunk Ländersache ist.

# Das gilt – speziell in und nach Corona – auch für die Kultur insgesamt. ver.di sieht Kultur nicht als freiwilliges Vergnügen, sondern als Staatsziel und unterstützt Initiativen, das auch im Grundgesetzt zu verankern ...

Es wäre unsinnig, die Welt nach Corona in einen Zustand vor der Pandemie zurückversetzen zu wollen. Es wird kein Zurück zum Status quo ante geben. Corona hat uns den Wert und die gesellschaftliche Bedeutung vieler Bereiche vor Augen geführt, die früher nicht so im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung standen. Wenn wir etwas gelernt haben, dann, welche Rolle Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft spielen und dass wir darauf nicht verzichten dürfen. Sie ist ungemein wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Verarbeitung solcher Krisen. Und es hängen hunderttausende Existenzen daran.

# Zum Themenkreis "Arbeit der Zukunft" fordert ver.di bessere tarifliche Absicherung und mehr Mitbestimmung. Ist das im Medienbereich nicht mindestens so wichtig wie anderswo?

Das gilt im Medienbereich umso mehr. In der privatwirtschaftlich organisierten Presse erleben wir immer noch zu viel Tarifflucht. Es ist wissenschaftlich belegt, dass das nicht der richtige Weg ist, Qualität in der Berichterstattung zu sichern, im Gegenteil. Sowohl für die Presse als auch für Rundfunk und Fernsehen kommt hinzu, dass viele Inhalte von Freien zugeliefert werden. Sowohl die Honorare dieser Freien als auch ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten werden momentan der Rolle überhaupt nicht gerecht, die diese Journalist\*innen und Medienschaffenden ausfüllen. Da muss sich unbedingt etwas tun. Erstens, um die medialen Angebote auch künftig sicherzustellen und zweitens, um zu verhindern, dass

hochqualifizierte und erfahrene Menschen ihren Berufen frustriert den Rücken kehren.

### Die Forderungen sind freilich nicht neu?

Wahrlich nicht, aber sie sind relevanter denn je. Das gilt auch für ein ähnliches "Methusalem-Thema": den Tendenzschutz. Medienhäuser arbeiten inzwischen ganz anders als zu den Zeiten, in denen dieser Paragraph in der Betriebsverfassung und im Unternehmensrecht eingeführt wurde. Er ist nicht mehr zeitgemäß: Welche Tendenz soll denn geschützt werden? Wir wollen eine ordentliche Mitbestimmung im Bereich der Presse, wo die Verleger einerseits jammern, dass es ihnen so schlecht ginge, andererseits ihre Situation nicht belegen und viele Vorschläge von Gewerkschaften und Betriebsräten dann mit dem Hinweis ablehnen, so schlecht ginge es ihnen dann doch nicht...

### Einen gewissen Schritt nach vorn in Sachen Mitbestimmung sichert die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes für den Rundfunk ...

Es wird jetzt darauf ankommen, gemäß dem neuen Paragraphen im Bundespersonalvertretungsgesetz die arbeitnehmerähnlichen Freien – es sind bestimmt 20.000 bei ARD, ZDF und Deutscher Welle – tatsächlich in die Mitbestimmung einzubeziehen. Wir hätten uns für die Bundesebene noch eine klarere Formulierung wie in entsprechenden Landesgesetzen etwa in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz gewünscht. Unsere Position aber bleibt: Ein gutes Programm gibt es nur mit arbeitnehmerähnlichen Freien, die volle Mitbestimmungsrechte haben und nicht Beschäftigte zweiter Klasse sind.

### "Wir sind es wert" heißt es bei ver.di nicht nur hinsichtlich eines höheren Mindestlohns in prekären Beschäftigungsbereichen wie bei den Clickworkern. Auch der Gender Pay Gap gehört abgebaut und die Perspektive für Auszubildende und junge Beschäftigte gestärkt …

Auch da lohnt ein Blick zurück in den Koalitionsvertrag von 2018. Da wurde befristeten Arbeitsverhältnissen, explizit Kettenbefristungen, der Kampf angesagt. Das Vorhaben zieht sich jetzt ebenfalls, die CDU steht auf der Bremse. Dabei ist der Druck groß: Über drei Millionen Beschäftigte haben in Deutschland nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Über die Hälfte der Menschen unter 30 Jahren landen heute in befristeten Jobs. Mehr als die Hälfte der Befristungen ist sachgrundlos, fast jede zweite Neueinstellung ist davon betroffen. Für diese Menschen sind weder perspektivische Lebensplanung noch etwa eine Familiengrün-

dung denkbar. Das lähmt und ist ein Armutszeugnis für die amtierende Bundesregierung. Das ist ähnlich dringend wie Frauenquoten in bestimmten Führungsebenen und die Problematik von Gerechtigkeit bei der Bezahlung von Männern und Frauen. In keiner dieser Fragen ist der Medienbereich bisher ein Vorbild, es gibt vielmehr jede Menge Nachholbedarf.

# Gilt das auch für die Einbeziehung von Freiberuflern und Soloselbstständigen in die Sozialsysteme?

Auch hier ist der amtierenden Bundesregierung ein Mangelhaft ins Zeugnis zu schreiben. Die Forderung und die Erkenntnisse gibt es schon lange, aber nicht zuletzt Corona hat gezeigt, wie ungesichert Soloselbstständige nachhaltig ins Bodenlose fallen. Die bessere soziale Absicherung der fast 450 000 Soloselbstständigen allein in Kulturberufen, die das Statistische Bundesamt gerade gezählt hat, gehört auf der politischen Agenda ganz nach oben.

# Corona und Homeoffice haben auch die Arbeitszeitfrage erneut befeuert, die mit der Tendenz zur Entgrenzung einen wichtigen Gesundheitsschutzaspekt beinhaltet ...

Da befinden wir uns seit vielen Jahren in Auseinandersetzungen um die Arbeitszeiterfassung in Redaktionen. Vom Europäischen Gerichtshof gibt es seit Mai 2019 ganz klare Vorgaben. Verlage verzögern das mit dem Verweis auf eine Umsetzung in deutsches Recht. Wir von ver.di vertreten jedoch die Rechtsauffassung, dass ein Recht auf Arbeitszeiterfassung für Beschäftigte unmittelbar aus dieser EuGH-Entscheidung entsteht. In vielen Verlagen ist sie – zum Teil mit unserer Hilfe – auch bereits durchgesetzt. Die schlimmen Folgen von Burnout oder andere schwerwiegende Gesundheitsschädigungen werden dadurch verringert.

## Zeigen die Jüngeren beim Thema Arbeitszeit oft weniger Kompromissbereitschaft?

Absolut. Die Verlagshäuser täten gut daran, sich dem Arbeitszeitthema intensiver zu widmen. Arbeitszeiterfassung und flexiblere Arbeitszeitmodelle entsprechen dem Anspruch der jüngeren Generation nach besserer Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.

Das Gespräch führte Helma Nehrlich <<



eiterlesen

https://mmm.verdi.de/gewerkschaft/aufrufumsteuern-fuer-gerechte-gesellschaft-73497

# Schlechtes Zeugnis

### Grundsatzfrage: Wie stärken wir unabhängigen Journalismus?



argit Stumpp, seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, ist für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Sprecherin für Medien- und Bildungspolitik sowie Expertin für digitale

Infrastruktur. Sie stellt der GroKo in Sachen Medienpolitik ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

"Krachend gescheitert" sei nach quälend langer Debatte die Bundespresseförderung. Das von den Grünen von Anfang an kritisierte Konzept habe "mit dem Erhalt der Medienvielfalt nichts zu tun" gehabt. Die beabsichtigte Förderung nach dem Gießkannenprinzip wäre auf die "Stärkung von Verlagen, die ohnehin über Marktmacht verfügen und profitabel sind", hinausgelaufen. Die ursprünglich angepeilte reine Vertriebsförderung sei "umgelabelt" worden zur Ankurbelung der digitalen Transformation von Printverlagen. Am Ende habe die befürchtete Verfassungsklage der digitalen Publisher das Unterfangen gestoppt.

Für die Grünen, so Stumpp, laute die Grundsatzfrage: "Wie stärken wir unabhängigen Journalismus, speziell im Lokalen?" Und wie müsste ein Fördermodell beschaffen sein, um dem Vorwurf mangelnder Staatsferne zu entgehen? Zu diesem Zwecke hat die Fraktion ein Gutachten bei der Medienwissenschaftlerin Leyla Dogruel und dem Medienrechtlicher Matthias Cornils von der Johannes-Gutenberg-Uni Mainz in Auftrag gegeben. Grundzüge dieses Gutachtens wurden kürzlich in einem digitalen Fachgespräch der Grünen-Bundestagsfraktion vorgestellt. Schwerpunkt der Förderung soll der Lokal- und Regionaljournalismus sein, die Förderung zudem unabhängig vom Verbreitungsweg und vom Geschäftsmodell. Und natürlich staatsfern.

Dabei kristallisieren sich drei verschiedene Förderformate heraus. Im Zentrum solle eine "kriteriengebundene Produktionsunterstützung" stehen. Kriterien könnten sein: eine eigenständige Redaktion mit mindestens zwei Vollzeitstellen, 50 Prozent redaktionelle Inhalte, davon die Hälfte eigenproduziert. Als Fördervoraussetzung denkbar: eine Mindestreichweite (laut Gutachtenvorschlag 1.500 Nutzer\*innen), das jeweilige Marktumfeld, etwa eine "prekäre journalistische Infrastruktur", also zum Beispiel Ein-Zeitung-Kreise.

Weitere mögliche Förderformate: ein Innovationsfonds für die Bereiche Produktion, Vertrieb und Konsum lokaljournalistischer Inhalte, befristet auf ca. fünf Jahre, ausgestattet mit einer festen Fördersumme. Drittens ein Projektfonds für in sich abgeschlossene, zeitlich begrenzte einmalige Einzelprojekte. Für elementar hält Stumpp die rechtliche Absicherung dieser

denkbaren Fördervorschläge gegen den Vorwurf mangelnder Staatsferne. Der Bund, so stellt sie klar, dürfe nicht direkt in die Medien- und Journalismusförderung einsteigen. Ein Innovationsfonds sei allerdings "ohne größere Schwierigkeiten als Bundesfonds machbar". Ein Produktionsfonds ließe sich auf Länderebene per Staatsvertrag organisieren. Ein Projektfonds schließlich könne ohnehin nur Sache der einzelnen Länder sein.

Für den Fall einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl strebt Stumpp an, die Erkenntnisse des Gutachtens möglichst bald in einen "wasserdichten Gesetzesvorschlag" einfließen zu lassen. Ärgerlich findet sie die parlamentarische Hängepartie um die Unterstützung von Non-Profit-Journalismus. Diesen als gemeinnützig anzuerkennen, würde ermöglichen, Finanzierungsquellen etwa aus dem Stiftungsbereich für Lokal- und Investigativjournalismus zu eröffnen. Ihr Antrag, nicht gewinnorientierte Medien als gemeinnützig anzuerkennen, wurde noch Anfang Mai im Bundestag abgeschmettert. Stumpp will dranbleiben. Spätestens, wenn in der nächsten Legislaturperiode über die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts debattiert wird, werde sie das Projekt erneut angehen.

Als großes Manko für eine seriöse Medienpolitik empfindet sie das Fehlen verlässlicher Zahlen über die Branchenentwicklung. Man operiere unter den Bedingungen "gefühlter Empirie": Ein-Zeitungs- bzw. Ein-Verlag-Kreise würden zunehmen, Lokalteile ausgedünnt, Mäntel von außen zugeliefert – aber der Politik fehle eine vernünftige Datenbasis. Als Voraussetzung für wirksame Maßnahmen gegen die zunehmende Medienkonzentration fordert sie daher die Wiedereinführung der staatlichen Pressestatistik. Bisherige Anläufe der Grünen-Fraktion bei der Staatsministerin für Medien und Kultur, Monika Grütters, seien jedoch einstweilen erfolglos geblieben: "Frau Grütters hat ein Faible hauptsächlich für die Kultur, die bietet mehr rote Teppiche."

Die großspurig angekündigte Digitaloffensive habe Maut-Minister Scheuer "an die Wand gefahren". Stumpp fordert ein Recht auf Mobilfunk. So könne die Bundesregierung Telekomunternehmen in unterversorgten Regionen zum Ausbau der Netze verpflichten. Den entsprechenden Antrag "Mobilfunk als Daseinsvorsorge" haben die Grünen bereits Anfang 2020 in den Bundestag eingebracht.

Auch beim unlängst verabschiedeten neuen Urheberrechtsgesetz sieht sie mehr Schatten als Licht. So habe die Regierung ihr "Versprechen gebrochen", keine Up-



Margit Stumpp, Bündnis 90/Die Grünen

Foto: Stefan Kaminski

load-Filter einzusetzen, das gesamte Verfahren sei für die Urheber\*innen "sehr umständlich", nicht mal für ein Verbandsklagerecht habe es gereicht.

In der Rundfunkdebatte zeigen die Grünen klare Kante: "Nur mit einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist Qualität auch jenseits von Mainstream und Quotenhype möglich." Gerade in Zeiten der Pandemie bewiesen die Anstalten ihren Wert für die Gesellschaft, als Plattform zur demokratischen Meinungsbildung, als Gegengift gegen die zunehmende gesellschaftliche Spaltung. Stumpp sieht durchaus auch Reformbedarf, zum Beispiel was Diversität bei der Besetzung der Gremien angeht, bei der Weiterentwicklung des Online-Auftrags, der Unübersichtlichkeit der Mediatheken, etc. Der Idee einer gemeinsamen Digitalplattform der Öffentlich-Rechtlichen unter Einschluss von weiteren Playern aus Kultur und Wissenschaft steht sie positiv gegenüber, "auch wenn ZDF-Intendant Thomas Bellut sich gerade kritisch dazu geäußert hat". Die von der KEF vorgeschlagene Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 86 Cent hält sie für vertretbar. Leitlinie müsse sein: "Das Geld folgt dem Auftrag." Nach dem Scheitern des Finanzierungsstaatsvertrags durch die Blockade Sachsen-Anhalts fordern die Grünen eine gesellschaftliche Debatte darüber, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk im 21. Jahrhundert leisten soll. Ihre eigenen Positionen dazu

haben sie bereits vor zwei Jahren in einem umfangreichen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Besorgt zeigt sich Stumpp über die wachsende Gewalt gegenüber Journalist\*innen. Bei Bundesinnenminister Horst Seehofer vermisst sie die Bereitschaft, sich "für den Schutz der Medienschaffenden stark zu machen". Die aktualisierten Leitlinien des Deutschen Presserats zur Zusammenarbeit zwischen Polizei und Medien, so fordern die Grünen, müssten dringend diskutiert werden. Diese Debatte werde aber auf der Innenministerkonferenz immer wieder verschleppt. Das gelte auch für Maßnahmen gegen die existierende Straflosigkeit bei Gewalt und Mord an Medienschaffenden auf internationaler Ebene. Bereits aus der letzten Legislaturperiode datiert ein Beschluss des Bundestags, für den Schutz der Journalist\*innen einen UN-Sonderbeauftragten einzusetzen. Das Außenministerium beteuere zwar, in Gesprächen mit der UN zu sein, "aber faktisch tut sich nichts". Beschämend findet Stumpp auch den Umgang mit Julian Assange. Ohne das Engagement von UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer wäre der skandalöse Fall des WikiLeaks-Gründers "glatt untergegangen". Die medienpolitische Relevanz des Kasus bleibe in der Berichterstattung gänzlich "unterbelichtet". Ein schwerer Fehler, findet sie, denn der Fall habe "direkten Einfluss auf den investigativen Günter Herkel << Journalismus in Europa".

Beschämend findet Stumpp auch den Umgang mit Julian Assange.

Jens Zimmermann, SPD

Foto: Marlene Bleicher



# Digitalisierung: "Viel Zeit vertrödelt"

### Jens Zimmermann (SPD) plädiert für Recht auf Homeoffice und mobile Arbeit



er Start in den Deutschen Bundestag war für Jens Zimmermann (SPD) eine Zitterpartie: Erst 17 Tage nach der Wahl stand fest, dass er über ein Ausgleichsmandat einen Sitz unter der

Reichstagskuppel erhält. Inzwischen ist der promovierte Betriebswirtschaftler der digitalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und ihr Obmann im Ausschuss Digitale Agenda und im Untersuchungsausschuss zu "Wirecard".

Eine "Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung" hatten CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode versprochen, für "eine flächendeckende digitale Infrastruktur von Weltklasse". Schulen, Gewerbegebiete, soziale Einrichtungen in der Hand öffentlicher Träger und Krankenhäuser sollten schon in dieser Legislaturperiode an das

Glasfasernetz angebunden werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland in der digitalen Infrastruktur international zurückhängt. Und die Regierung hinter ihren Ausbauplänen, räumt Zimmermann ein: "Wir werden das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel nicht erreichen können, was ich sehr ärgerlich finde – und leider muss man sagen, dass das zuständige Bundesverkehrsministerium hier unnötig viel Zeit vertrödelt hat." Dennoch sei einiges auf den Weg gebracht worden: Förderprogramme für den Breitbandausbau seien vereinfacht und beschleunigt und die Förderhöchstbeträge verdoppelt worden.

Im Telekommunikationsgesetz wurde festgeschrieben, dass ein schneller Internetzugang Teil der Grundversorgung ist. Schwerpunkt der nächsten Wahlperiode müsse der flächendeckende Aufbau von vertrauenswürdigen Gigabit-Infrastrukturen als selbstverständlicher Teil der kommunikativen Daseinsvorsorge sein. "Homeoffice" ist ein Schlagwort der Corona-Monate. Mobile Arbeit, lange diskutiert, wurde plötzlich für viele reale Arbeitswelt. Zimmermann verweist darauf, dass die SPD schon im Koalitionsvertrag auf mehr Zeit und Ortssouveränität gepocht habe und ein Recht auf Homeoffice oder mobile Arbeit erreichen wollte. "Zugleich muss der Schutz der Beschäftigten vor Entgrenzung sichergestellt werden, etwa durch ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit beziehungsweise Nicht-Reaktion." Den Entwurf des Bundesarbeitsministers Hubertus Heil (SPD) habe der Koalitionspartner trotz entsprechender Vereinbarungen abgelehnt. Bei der Weiterbildung für die digitale Arbeitswelt habe Heil einiges bewirken können. Weiterentwickelt werden müsse die Mitbestimmung in der digitalen Arbeitswelt, auch beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

Mobile Arbeit hat die nominell selbstständigen, oft aber von den Plattformen abhängigen Crowd- oder Clickworker hervorgebracht. ver.di fordert in ihren Wahlbausteinen "branchenspezifisch angemessene Vergütungen". Damit scheiterte die SPD in den Koalitionsverhandlungen, berichtet Zimmermann: "Dennoch hat der Bundesarbeitsminister Eckpunkte für eine Plattformregulierung vorgelegt, die die Plattformen in die Verantwortung genommen und die Rechte und den Schutz der Beschäftigten sowie eine angemessene Vergütung sichergestellt hätten. Dies ist am Widerstand der Union gescheitert und wird Aufgabe der nächsten Legislaturperiode bleiben müssen." Ein solcher Rechtsrahmen für Plattformbeschäftigte werde dringend gebraucht: "Was hier zum Teil an digitaler Ausbeutung passiert, ist absolut inakzeptabel."

Am 20. Mai wurde im Bundestag das neue Urheberrecht gemäß der EU-Richtlinie beschlossen. Es schaffe die Grundlage für ein faires und modernes Urheberrecht, meint Jens Zimmermann. ver.di hat das Gesetz dagegen kritisiert, die Regierung habe Chancen für Kreativschaffende vertan. Zimmermann weist das zurück: "Die Aussage, das Gesetz sei eine 'vertane Chance', kann ich nicht nachvollziehen, denn gerade mit Blick auf die Verbesserungen im Urhebervertragsrecht warten viele Kreative, um ihre faire und angemessene Vergütung auch durchzusetzen."

Für ver.di entspricht eine solche Regelung jedoch nicht der Realität. Ihre Ansprüche individuell einzufordern, davor schrecken viele Kreative wegen zu erwartender beruflichen Schwierigkeiten und der Aussicht auf lange Prozesse zurück. Der Auskunftsanspruch gegen die Verwerter sei durch einen "Verhältnismäßigkeitsvorbehalt" quasi torpediert worden. ver. di hatte deshalb ein Verbandsklagerecht gefordert. Diesem Klagerecht stimmt Zimmermann zu, aber: "Es ist uns in dieser Koalition – und zwar weniger aus inhaltlichen als aus grundsätzlichen Überlegungen seitens der Unionsfraktion – nicht gelungen, ein wirkliches Verbandsklagerecht auf den Weg zu bringen, wie es auch ver.di gefordert hat. Dieses ist schon deswe-

gen wichtig, um das Blacklisting zu verhindern, und es bleibt auf der politischen Agenda." Noch zu regeln sei ebenfalls eine rechtssichere Online-Leihe bei Bibliotheken, die eine angemessene Vergütung für Urheber\*innen bringe.

"Das Leistungsschutzrecht für Presseverlage ist durch die Urheberrechts-Richtlinie vorgegeben und wir haben dieses im Rahmen der Reform umgesetzt", erklärt Zimmermann einen weiteren Punkt im neuen Gesetz. "Ich habe aber nach wie vor Zweifel, ob das Leistungsschutzrecht das richtige Instrument ist. Vielmehr habe ich die Sorge, dass dieses – wie bisher – eher die Monopole stärkt." Immerhin, so Zimmermann, "ist in § 87k klar festgeschrieben, dass Journalistinnen und Journalisten an den Einnahmen aus dem Presseverleger-Leistungsschutzrecht angemessen beteiligt werden müssen – und zwar mindestens zu einem Drittel. Hiervon kann und darf nur abgewichen werden, wenn es eine Vereinbarung auf gemeinsame Vergütungsregeln oder einen entsprechenden Tarifvertrag gibt".

Die Pandemie habe zu mehr Hassbotschaften geführt, sagen Beobachter\*innen der Netzwelt. Vor vier Jahren hatte Justizminister Heiko Maas (SPD) versucht, "Hate Speech" durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), einzudämmen. Die Koalition, so Zimmermann, habe das NetzDG evaluiert und eine Weiterentwicklung beschlossen. Dabei sollen die Berichtspflichten konkretisiert und vereinheitlicht werden, damit verschiedene Netzwerke besser verglichen werden können. "Beim Beschwerdemanagement haben wir klargestellt, dass dieses schnell, einfach und niedrigschwellig auffindbar und organisiert sein muss und keine zusätzlichen Hürden etwa zwischen Meldung nach NetzDG und nach Hausregeln haben darf."

Neu sei ein Widerspruchsverfahren gegen Sperrungen, erläutert der SPD-Digitalpolitiker. Alle Verfahren können an den "Zustellbevollmächtigten" übergeben werden. "Dies war notwendig, weil sich die Plattformen noch immer der Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden entzogen haben." Und der Wissenschaft würden die Plattformen Auskunft geben müssen über ihren Umgang mit Beschwerden und den automatisierten Verfahren.

Ein Aspekt der Digitalisierung steht oft im Hintergrund: der Energieverbrauch. Digitale Technologien können Helfer nachhaltigen Wirtschaftens sein, verbrauchen aber viel Strom, zum Betrieb und zur Kühlung von Rechenzentren. In der "Umweltpolitischen Digitalagenda" wird gefordert, die Rechenzentren in einem Monitoring zu erfassen, um Energie- und Ressourceneffizienz zu fördern sowie eine Kopplung etwa mit kommunaler Wärmeversorgung zu ermöglichen. Zimmermann: "Eine Haltung im Sinne von 'Digitalisierung ist für alles gut', wäre blauäugig. Die Entwicklungen rund um die Kryptowährung Bitcoin und deren immensen Strombedarf zeigen beispielhaft Fehlentwicklungen." Susanne Stracke-Neumann «

In der
"Umweltpolitischen
Digitalagenda" wird
gefordert, die
Rechenzentren in
einem Monitoring
zu erfassen, um
Energie- und
Ressourceneffizienz
zu fördern sowie
eine Kopplung etwa
mit kommunaler
Wärmeversorgung
zu ermöglichen.



Martina Renner, Die Linke

Foto: privat

# Konkrete Gefährdung

### Linken-Politikerin über Bedrohungen von Rechts und die Lage der Pressefreiheit



artina Renner, stellvertretende Parteivorsitzende der Linken und seit 2013 im Bundestag, ist Mitglied im Innenausschuss und stellvertretend im Ausschuss für Recht und Verbraucher-

schutz. Sie warnt vor einer Verharmlosung von Hassbotschaften und Drohungen und fordert, dass Journalist\*innen besser gegen Angriffe geschützt werden.

Als Anfang Mai ein Tatverdächtiger im Zusammenhang mit den Drohschreiben des "NSU 2.0" festgenommen wurde, war das für Martina Renner kein Grund zum Aufatmen. Mehrfach äußerte sie Zweifel an der Theorie des Einzeltäters und forderte eine weitgehende Aufklärung. Auch Renner hatte Drohschreiben mit dem Absender "NSU 2.0" erhalten. Drei Wochen später, Ende Mai, geht in ihrem Erfurter Büro wieder ein Drohbrief ein. "Natürlich ist das eine konkrete Bedrohung", sagt Martina Renner im Gespräch mit M. Der Vorfall bestätige auf "unangenehme Art und Weise" ihre Vermutungen in Bezug auf den "NSU 2.0".

Renners Forderung: Hassbotschaften und Drohungen müssen ernster genommen werden – vor allem dann, wenn sie sich immer wieder gegen die selben Menschen richten. Insbesondere Staatsanwaltschaften und Polizei gingen allzu oft nur von einer abstrakten Gefahr aus, dabei sei die Bedrohungslage für die Betroffenen sehr konkret. Es werde höchste Zeit, anzuerkennen, "dass es oftmals einen sehr fließenden Übergang von verbalen Drohungen zu tätlichen Aktionen gibt".

Grundlegend falsch sei das Bild eines Einzeltäters ohne Verbindungen in Netzwerke, Organisationen und Strukturen. Die Einzeltäter-Theorie sei oft verharmlosend, was sich auch an Beschreibungen wie "Waffennarr" oder "der von der Politik Enttäuschte" zeige, sagt Renner. "Wir brauchen ein verändertes Verständnis, woher solche Taten kommen und aus welchen Strukturen sie erwachsen".

Den Versuch, diesem Problem mit Gesetzen zu begegnen, sieht Renner kritisch. Dies sei "Symbolpolitik" und ein "hilfloser Versuch, auf wachsende Gefährdung zu reagieren", sagt sie etwa mit Blick auf den Gesetzesentwurf, der das Erstellen von Feindeslisten bestraft, und das Gesetzespaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität, das im April in Kraft getreten ist. "Wir haben ein Vollzugsdefizit und keine Gesetzeslücke." Denn die entsprechenden Straftatbestände gebe es bereits. Eine sinnvolle Änderung halte das neue Gesetzespaket jedoch bereit: Dass es nun einfacher sei, eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen zu lassen, sei lange überfällig und

ein großer Fortschritt – besonders auch für Journalist\*innen, wie die Innenpolitikerin betont.

"Ein alarmierendes Signal für den Zustand der Gesellschaft muss sein, wenn die Bedrohten ihr Verhalten ändern müssen", sagt Renner – wenn sie etwa ein kommunales Mandat aufgeben oder sogar ihren Wohnort wechseln müssten. Sie habe teilweise beobachtet, dass die Presse sich zurückziehe, wenn es um Demonstrationen von Corona-Leugner\*innen gehe. "Das heißt, dass die, die drohen, ihr Ziel erreicht haben." Diese Veränderungen dürfe eine Gesellschaft keinesfalls zulassen.

Klar ist: Gewalttätige Angriffe auf Journalist\*innen haben zugenommen. Sie sind der Grund dafür, dass Reporter ohne Grenzen (RSF) in der diesjährigen Rangliste der Pressefreiheit Deutschland herabgestuft hat – von Platz 11 auf Platz 13. Laut RSF ereignete sich die Mehrheit der Angriffe auf oder am Rande von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Auch auf Demonstrationen beispielsweise gegen das Verbot der Plattform linksunten.indymedia.org und auf Demos zum 1. Mai sei es zu körperlichen Angriffen gekommen.

Die Presse als Feindbild gebe es schon länger, eine Rolle spiele dabei die "ganz alte rechte Erzählung der Volksverräter", sagt Renner. In jüngster Zeit trete verstärkt eine zweite Erzählung hinzu, nach der Pressevertreter\*innen nichts weiter seien als die "Vollstrecker der Informationspolitik der Herrschenden" – laut Renner ein gefährlicher Mythos: "Das hat die Bedrohungssituation noch mal deutlich verschärft. Es gibt eine konkrete Gefährdung, und der sind viele Kolleginnen und Kollegen der Presse ausgesetzt."

Zwei Punkte seien entscheidend, damit Journalist\*innen auf Demonstrationen ihre Arbeit machen können: Zum einen sei es Aufgabe der Polizei, eine journalistische Berichterstattung zu garantieren, indem sie Pressevertreter\*innen begleite, Schutzräume zur Verfügung stelle und auf gewaltbereite Demonstrant\*innen einwirke. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei, dass Polizist\*innen wüssten, welche besonderen Rechte Journalist\*innen haben, was nicht immer der Fall sei. Dies sei ein Defizit, dem man in der Polizei-Ausbildung und in Fortbildungen entgegenwirken müsse. Zugleich dürften die Angriffe nicht als Bagatelle abgetan werden, sondern müssten verfolgt und sanktioniert werden. Renner verweist auf den Fall der Göttinger Journalisten, die in Thüringen von zwei Neonazis angegriffen und schwer verletzt wurden. "Wenn ein solcher Vorfall jahrelang nicht zur Anklage und zum Prozess gebracht wird, ist das ein Problem." Wo sieht sie ihre Aufgaben in der kommenden Legislaturperiode? "Für mich ist ganz wichtig, dass wir Druck machen auf die Ermittlungsbehörden." Es gehe darum, rechte Strukturen besser zu erkennen und zu zerschlagen, Täter zu verurteilen und damit eine "Signalwirkung an die Szene zu richten". Zugleich sei entscheidend, die Opfer wirksam zu schützen und ihre Interessen ernst zu nehmen – dazu gehöre etwa, sie umgehend und vollständig zu informieren, wenn ihre Daten auf Rechnern von Tätern gefunden werden.

In der juristischen Aufarbeitung müsse die politische Motivation anerkannt werden, die Taten dürften nicht entpolitisiert werden. "Wir haben hier keine Verrohung der Gesellschaft oder ein diffuses Hass-Problem", sagt Renner. Es gehe um Rassismus und Antisemitismus, um die Vorstellung der Ungleichheit von Menschen, woraus abgeleitet werde, dass man diese Menschen vertreiben oder vernichten dürfe. Sie sieht es als ihre Aufgabe und die ihrer Partei, diese Gefahr deutlich zu benennen, "in einer Klarheit über Probleme zu reden, in der andere das vielleicht nicht tun." Dazu gehöre auch, Probleme in den Behörden genau im Blick zu haben und anzusprechen - Stichwort Rassismus-Studie bei der Polizei.

Renner wünscht sich eine systematische parlamentarische Aufklärung über die Rolle der Behörden und über Verbindungen von Armee und Polizei im Bereich Rechtsterrorismus - in Bezug auf aktuelle, aber auch vergangene Fälle. Als Beispiele nennt sie die Mordserie des NSU und das Oktoberfest-Attentat 1980. Auf diese Weise könne man den Blick weiten, sich nicht nur auf einzelne Gruppierungen konzentrieren, sondern die politischen und strukturellen Gründe näher betrachten. "Ich glaube, um zukünftige Attentate zu verhindern, wäre so ein kritischer Blick in die Ge-Sarah Schaefer << schichte sehr wichtig."

Ein alarmierendes Signal für den Zustand der Gesellschaft muss sein, wenn die Bedrohten ihr Verhalten ändern müssen – wenn sie etwa ein kommunales Mandat aufgeben oder sogar ihren Wohnort wechseln müssen.



# Selfies, Welpen und ein bisschen Politik

### Soziale Medien für direkte und ungefilterte politische Botschaften



ir befinden uns mitten im Wahljahr 2021 und die Corona-Pandemie beeinflusst auch den Wahlkampf der Parteien. Wer um die Gunst der Wähler\*innen wirbt, tut dies momentan

weder im Bierzelt noch am Bratwurststand. Die Bedeutung von digitaler Kommunikation ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen und spielt bei den kommenden Bundestagswahlen eine größere Rolle als je zuvor. Webseiten, E-Mails und Newsletter gehören genauso zu den Werkzeugen wie Facebook, Twitter und Instagram. Doch der Einfluss sozialer Medien auf Wahlkämpfe und die damit einhergehende Personalisierung steht spätestens seit dem Erfolg von Donald Trump und Brexit unter kritischer Beobachtung.

Immer mehr Menschen nutzen Soziale Medien, um sich über Politik zu informieren. Laut dem vom Leib-Bredow-Institut herausgegebenen Reuters Institute Digital News Report waren es im vergangenen Jahr 37 Prozent der befragten Onliner, im Jahr davor 34 Prozent. In der Gruppe der 18- bis-24-Jährigen ist

Dreißig Prozent der jungen Menschen gaben an, Soziale Medien seien ihre wichtigste Nachrichtenquelle, während es bei erwachsenen Onlinern immer noch das Fernsehen ist (42 Prozent).

Soziale Medien unterscheiden sich in ihrer Funktionslogik grundlegend von den etablierten Medien. Hier treffen ganz unterschiedliche Inhalte aufeinander: Private Posts stehen neben den Inhalten etablierter Medien, Lobbygruppen oder privater Unternehmen. Manche Inhalte sind für jede\*n einsehbar, andere nur innerhalb geschlossener Gruppen. Parteien und Politiker\*innen können direkt und ungefiltert ihre Botschaften senden. Inhalte können passgenau an bestimmte Gruppen ausgespielt werden. Je nachdem welche Zielgruppe man ansprechen will, gibt es dazu noch verschiedene Plattformen, die alle nach ihrer eigenen Logik funktionieren.

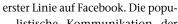
niz-Institut für Medienforschung und dem vom Hanses sogar über die Hälfte (56 Prozent).

Während Twitter vor allem dazu dient, den medialen Diskurs zu beeinflussen, weil sich hier die Meinungsführer\*innen tummeln, ist die Bilderplattform Instagram bei jüngeren Wähler\*innen viel beliebter als etwa Facebook. In Deutschland ist



Facebook das wichtigste Netzwerk, weil es die meisten Menschen erreicht. Bei den Jüngeren stehen jedoch auch Plattformen wie YouTube, TikTok oder WhatsApp im Fokus.

Alle Parteien sind auf Facebook vertreten. Die AfD hat mit fast 514.000 digitalen Anhänger\*innen fast doppelt so viele wie alle anderen Bundestagsparteien. Bis auf die FDP, die mit 150.000 etwas nach unten abfällt, sind alle anderen politischen Kräfte mit 192.000 (SPD) bis 250.000 Follower (Die Linke) in etwa gleich auf. Auch einzelne Abgeordnete erreichen zum Teil große Gruppen. Das hängt von ihren Fans ab, aber auch von der Reichweite, die sie mit ihren Konten aufbauen können. Der Social-Media-Erfolg der AfD zeigt sich in



listische Kommunikation der Partei und ihrer Mitglieder ist voll auf diese Plattform ausgerichtet. Dort funktionieren ihre Inhalte, ihre Sprache und ihre Empörungslogik am besten.



tung gewonnen. Mit Schleswig-Holsteins Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré und dem Europaparlamentarier Erik Marquardt sind die Grünen mit zwei Politiker\*innen in den Top 20 der reichweitenstärksten



Accounts auf Instagram vertreten. Beide stehen in der Bundespolitik nicht in vorderster Reihe, konnten aber trotz deutlich weniger Abonnent\*innen ihre Parteichefs in puncto Reichweite überflügeln.

"Anders als bei Facebook, habe ich den Eindruck, dass der Ton bei Instagram noch nicht so verhärtet ist," sagt Marquardt. "Alle Plattformen haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Aber auf Facebook scheint eine sachliche Kommunikation oft gar nicht mehr möglich zu sein. Dort hat man es gerade bei Themen wie Flucht und Migration schnell mit rechten Mobs und gezielten Infokriegen zu tun." Die Frage, welchen Kanal man als Politiker bespiele, sei aber dennoch abzuwägen. Je nachdem welche Zielgruppe man erreichen wolle. Gerade Instagram habe sich sehr politisiert und spreche ein junges und interessiertes Pu-



blikum an, meint Marquardt.
Twitter ist ein Medium, das
stark von journalistischen
und politischen Nutzer\*innen geprägt wird. Das zeigt
sich auch in den Followerzahlen, die bei allen Parteien
– außer bei der PARTEI und der

AfD – viel größer sind als bei denen auf Facebook. Die Grünen zählen fast zweieinhalbmal so viele Follower auf Twitter wie Fans auf Facebook. Aber auch auf Twitter kann man sich inszenieren. Im Januar twitterte der bayrische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) eine "schöne Nachricht in schwerer Zeit". Er teilte dazu das Bild eines Welpen, einer "süßen jungen Hundedame", wie er schrieb.

YouTube ist die zweitgrößte Suchmaschine in Deutschland. Die deutschen Parteien haben es dennoch bisher kaum geschafft, dort Nutzer\*innen kontinuierlich an sich zu binden. Der AfD gelang dies mit 48.000 Abonnent\*innen noch am ehesten. Auch Marquardt verfolgt den Erfolg der Rechtspopulisten in den sozialen Medien aufmerksam: "Es gibt auf all diesen Plattformen Mechanismen, die ihnen in die Hände spielen. Das Feedback für die Emotionen, die sie wecken, ist groß. Dabei haben sie schon früh gelernt, wie sie Hass und Hetze direkt kommunizieren, ohne dass mediale Gatekeeper sie daran hindern." Dass die Politik auf solchen Plattformen immer verkürzt und emotional sein muss, glaubt Marquardt allerdings nicht. "Es ist aber unsere Aufgabe, dem reichweitenstarken Rechtspopulismus in den sozialen Medien Inhalte entgegenzusetzen. Und die müssen verständlich und zugänglich sein."

Auch die Plattformen selbst sind gezwungen, sich mit Fragen von Demokratiegefährdung und Hassbotschaften auseinanderzusetzen. Twitter hatte den ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump bereits Anfang Januar rund zwei Wochen vor dem Ende seiner Amtszeit gesperrt. Auslöser war die Erstürmung des US-Kapitols durch seine Anhänger\*innen. Er bekundete Sympathie für sie und behauptete, der Sieg bei der Präsidentenwahl sei ihm durch Betrug gestohlen worden. Auch Facebook sperrte ihn und beauftragte ein unabhängiges Aufsichtsgremium, um zu prüfen, ob die Sperre aufrechterhalten wird. Die kürzlich gefällte Entscheidung des Oversight Board, dem Jurist\*innen, Bürgerrechtler\*innen und Journalist\*innen angehören, ist für den Konzern laut eigenen Vorgaben bindend. Trump bleibt zunächst auch auf Facebook und Instagram gesperrt. Dass demokratisch nicht legitimierte Privatunternehmen nach eigenen Maßstäben entscheiden dürfen, ob und in welcher Form der Präsident der USA sich mit seinen Botschaften direkt an seine Follower wenden darf, stößt allerdings auf Irritation. Eine gesetzliche Vorgabe, was in Sozialen Medien gesagt oder gezeigt werden darf, fehlt noch immer. Julia Hoffmann «





Ein Bündnis aus 19 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter auch die dju in ver.di, fordert die demokratischen Parteien auf, einen Verhaltenskodex für den digitalen Bundestagswahlkampf 2021 zu vereinbaren.

"Campaign Watch" erwartet von Parteien und Kandidierenden: volle Transparenz, umfassenden Grundrechtsschutz, keine Desinformation und keine digitale Gewalt.

Im Interview mit M Online erklärt Julian Jaursch von der Stiftung Neue Verantwortung (SNV), weshalb es nötig ist demokratische Regeln selbst aufzustellen. Mehr unter M Online: https://kurzelinks.de/fair-transp



Barbara Junge ist seit dem 1. Mai 2020 Chefredakteurin der "tageszeitung" (taz), in einer Doppelspitze mit Ulrike Winkelmann.

Foto: Anja Weber

# Genau hinsehen, wer das Land regieren soll

Gespräch mit taz-Chefredakteurin Barbara Junge über Wahlberichterstattung



Gibt es so etwas wie einen Masterplan für die kommende Wahl-(kampf-)Berichterstattung?

**Barbara Junge** | Wir haben eine Steuerungsgruppe gegründet. Diese

plant in 2021 sowohl die Publizistik rund um die Landtagswahlen als auch um die Bundestagwahl. Sie setzt sich zusammen aus Redakteur\*innen verschiedener Ressorts und Bereiche, dem Redakteur für Sonderprojekte, natürlich der Inlandsredaktion. Allgemeine Wahl-Sonderseiten und -Sonderformate, Themenwochen, Livetalks und noch zu entwickelnde Formate hat es bereits gegeben und sind in Vorbereitung. Involviert sind auch die Redaktion Ökologie und Wirtschaft und unser Klima-Hub, das Labor für innovative Formate rund um die Klimakrisenberichterstattung. Es ist absehbar, dass die Klimathematik diese Wahl enorm prägen wird. Das wollen wir befördern und sind gut darauf vorbereitet. Neben dem Klimahub haben wir jetzt in einem Projekt der taz Panter Stiftung noch eine weitere spezielle Redaktion eingerichtet: Von Juni bis Ende September gibt es ein angeleitetes Team, in dem eine kleine Gruppe aus Volontär\*innen und Hospitant\*innen den jungen, den diversen, den fordernden Blick auf die Bundestagswahl werfen wird.

... Schwierig-keiten mit der fragwürdigen Meinungsbildung, die über soziale Medien stattfindet. Umso wichtiger ist es, dass wir unseren Job erledigen.

Der Wahlkampf findet unter Pandemie-Bedingungen statt. Mit großen Wahlveranstaltungen ist vorerst nicht zu rechnen, sozialen Medien dürfte eine größere Bedeutung zukommen. Wie stellen Sie sich da die Berichterstattung vor?

Wir müssen entsprechend mit einer gewissen Unwägbarkeit umgehen, allmählich dürften aber auch direkte Kontakte wieder vermehrt möglich sein. Für die parlamentarische Sommerpause planen wir Themenwochen, in denen es neben Berichterstattung auch eigene Veranstaltungen geben soll. Nach jetzigem Stand dürften diese im Wesentlichen in digitaler Form stattfinden, möglicherweise im eigenen Haus, mit Podium, aber wohl ohne Besucher\*innen. Das Klimahub ist auf Instagram unterwegs. Auf das, was das Nachwuchsteam entwickeln wird, sind wir gespannt.

Politische Beobachter registrieren in jüngerer Zeit eine Zunahme der Parteien-PR: Politiker interviewen sich selbst, Pressestellen der Parteien verwandeln sich in Newsrooms ... Brauchen Politiker noch Journalisten?

Das ist nicht gerade meine Vorstellung von einer funktionierenden Demokratie. Natürlich müssen unabhängige Medien und die Wähler\*innen die Möglichkeit haben, kritische Fragen zu stellen und sie beantwortet zu bekommen.

Aber Minister und andere Spitzenpolitiker gehen offenbar lieber in Talkshows, wo sie ohne redaktionellen Filter ihre Botschaften loswerden können. Dagegen haben es Politmagazine wie Monitor oder Panorama schwer, an Interviewpartner zu kommen. Wie sind da Ihre Erfahrungen?

Diese Tendenz gibt es, aber im Moment, unter Pandemiebedingungen, ist das Ausmaß dessen schwer zu beurteilen. Natürlich ist es einfacher, in eine Talkshow zu gehen und dort ohne allzu kritische Fragen zu sprechen. Nur gibt es auch sehr gute TV-Talkformate. Ich will weder die Talkshowisierung noch die aktuelle

Krise der gedruckten Medien weg reden. Aber es gibt interessierte, es gibt lesende Menschen im Lande, die explizit noch eine kritische Berichterstattung erwarten. Das bestätigen unsere Zahlen. Da die "taz" ein besonderes gesellschaftliches Segment erreicht, machen wir auch die Erfahrung, dass durchaus das Interesse existiert, eine Botschaft zu senden – und sei es mit einem kritischen Interview.

Es heißt, in Zeiten des digitalen Wandels schwinde die Bindungskraft traditioneller Medien, während andere Akteure auf den Plan treten, zum Beispiel Influencer wie Rezo. Laufen sie nicht manchmal den sozialen Medien hinterher? Die Bedingungen der Willens- und Meinungsbildung verändern sich. Es wäre überheblich, zu sagen, die neuen Medien spielten keine Rolle, seien irrelevant oder in sozialen Medien seien keine vernünftigen Player unterwegs. Allerdings habe ich gelegentlich große Schwierigkeiten mit der fragwürdigen Meinungsbildung, die über soziale Medien stattfindet. Umso wichtiger ist es, dass wir unseren Job erledigen.

Auch Journalist\*innen nutzen soziale Netzwerke. Allzu schnell abgeschossene Twitter-Botschaften haben schon manche Politiker, aber auch Journalisten, in Schwierigkeiten gebracht, etwa die affirmativen Tweets Tina Hassels (Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios) über Grünen-Parteitage. Gibt es in der "taz" so etwas wie einen Twitter-Knigge?

Im vergangenen Jahr haben wir einen Konflikt über eine Polizei-Kolumne und die unmittelbar folgenden Reaktionen darauf "taz"-intern sehr lebhaft ausgetragen. Wir haben uns im Zuge dessen damit auseinandergesetzt, wie wir etwa Twitter nutzen. "taz"-Mitarbeiter\*innen sind auch auf social media "taz"-Mitarbeiter\*innen. Das Bewusstsein dafür muss da sein.

### Zu Beginn der Corona-Krise wurde vielen Medien ein gewisser "Tunnelblick" vorgehalten. Der Vorwurf lautete, sie zeigten eine Tendenz zur unhinterfragten Bejahung staatlicher Maßnahmen. Wie ist heute die Situation?

Wir konnten und können nicht Maßnahmen oder Beschlüsse verurteilen, nur um auf Distanz zu gehen. Ja, Leser\*innen haben uns oft mangelnde Distanz vorgeworfen. Also haben wir die Kommunikation mit unseren Leser\*innen verstärkt. Aber gerade in der Anfangsphase von Corona gab es doch so viel Unwissen über diese Pandemie. Es wäre wohl nahezu überheblich gewesen, aus der eigenen Annäherung an die Themen sofort auf richtig oder falsch zu schließen. Wer das als zu viel Nähe zu einer tastenden Regierungspolitik bewertet, hat eine sehr verkürzte Betrachtungsweise. Wir haben aber selbst Mängel festgestellt, sind insbesondere sehr daran interessiert, uns im Wissenschaftsjournalismus besser aufzustellen. Aber: Keine Distanzierung um der Distanzierung willen! Dazu stehen wir trotz anfangs vehement vorgetragener Proteste aus der "taz"-Community.

Journalismus bewegt sich zunehmend zwischen den Polen von Wissenschaft und Boulevard. Private TV-Sender wie ProSieben oder RTL rüsten auf, was den Bereich Information angeht. Aber sie nähern sich der Politik auf ganz spezielle Weise. Beim ProSieben Talk mit der Grünen-Spitzenkandidatin wurde der Studiogast am Ende sogar beklatscht. Ist das noch seriös?

Dass sich die politische Kommunikation nach US-Vorbild hin zu Personalisierung verändert, stellen wir schon seit Jahren fest. Andererseits erreicht Politik auf diese Weise vielleicht auch Menschen, die sich sonst nicht dafür interessiert hätten. Aber um die Frage zu beantworten: Nein ich denke nicht, dass Journalist\*innen applaudieren sollten, nachdem sie jemanden interviewt haben.

In diesem Wahlkampf treten gleich drei Kanzlerkandidat\*innen an. Einige Medien haben sich an einem Hype um die Kandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, beteiligt. Ein Vergleich zum Umgang mit Martin Schulz drängt sich auf: Von der Heilserwartung bis zum gnadenlosen Herunterschreiben war nur ein kurzer Schritt. Funktioniert Politikberichterstattung nur entlang solcher Extreme, durch starke Personalisierung?

Den Martin-Schulz-Hype hat seinerzeit die SPD selbst verursacht, weniger die Medien. Jetzt haben wir eine andere Situation. Wenn ich mir anschaue, wie präsent die Grünen-Themen derzeit sind, dann hat die gute Prognose der Grünen mit der Kandidatin nur bedingt zu tun. Welche Partei agiert derzeit eigentlich nicht mit den urgrünen Themen? Wenn es einen Hype gibt, dann eher um diese Themen. Jenseits dessen sind Personalisierungen für Leser\*innen oder Rezipient\*innen doch interessant. Es war Angela Merkel, die die Politik in den letzten 16 Jahren stark geprägt hat, nicht nur die Union. Insofern ist es doch legitim, die Kandidatin genau anzuschauen. Vielleicht ist es möglich, auf diese Weise noch mehr Menschen dafür zu interessieren, wer das Land regieren soll. Ich lese auch gern Geschichten, die mit Personen zu tun haben. Ein reiner Bericht über Parteiprogramme ist meist nicht sexy.

Manchmal entsteht der Eindruck, die permanenten Meldungen über Beliebtheitswerte und Umfragehochs verdrängen Inhalte und Meinungen. Werden die Ergebnisse der Demoskopie überschätzt?

Selbstverständlich ist die Auseinandersetzung mit den Inhalten der Parteien wichtiger. Das heißt aber nicht, dass die Demoskopie keine Rolle spielt. Politische Meinungsforschung ist ein sehr wertvoller Beitrag im Wahljahr. Demoskopie auf reine Zahlen zu verkürzen, ist falsch, die können in die Irre führen. Aber wichtig ist doch: Welche Tendenzen gibt es, welche Ängste, welche Hoffnungen bewegen die Menschen im Land? Die qualitative Forschung in den USA ist für mich ein Vorbild. Vielleicht sollte die mehr im Vordergrund stehen als die Wahlumfragen.

Günter Herkel <<

Anzeige

Ausschreibung

#### Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus 2021

Jetzt noch die Chance nutzen und bis 30. Juni bewerben!

Preisgeld insgesamt 47.000 € in 5 Kategorien.

Bewerbung online unter www.otto-brenner-preis.de einreichen!



# "Braucht man da Eier?"

### Journalismus und Politik – zwischen Nähe und Kritik



nbestritten: Politik und Journalismus müssen zueinander in kritischer Distanz sein. Das Wahljahr 2021 ist ein guter Anlass, sich dies bewusst zu machen. Eine Analyse rund um Rol-

lenspiele, Gastbeiträge, Klischees und den Unterschied zwischen Kommentar und Applaus.

Die Kritik- und Kontrollfunktion von Journalismus verlangt nach Distanz. Sie soll davor bewahren, sich vereinnahmen oder instrumentalisieren zu lassen. Distanz soll Unabhängigkeit sichern. Eine kundige, anschauliche Vermittlung verlangt zugleich nach Nähe, nach einem einfühlsamen Porträt, einer berührenden Reportage. Interviews gelingen dann, wenn man sich auf sein Gegenüber einlässt, hinhört, sich interessiert. Professionell sein verlangt, die Kunst der Balance zu beherrschen zwischen nötiger Distanz und nötiger Nähe. Politische Journalist\*innen sind grundsätzlich machtnah. Entscheidend ist, ob sie die Mächtigen beobachten und kritisieren. Oder ob sie sie hofieren, sich als Ihresgleichen fühlen, sich der Beziehungskorruption hingeben, Komplizen der Politiker\*innen werden und mitunter ihre eigentliche Rolle vergessen und sich dazu verleiten lassen, eher die eigene Position, die "opportunen Zeugen" der eigenen Ansicht zur Geltung zu bringen, statt z.B. auch der Gegenposition sachgerecht Raum zu geben.

Auch Politiker\*innen vergessen gerne mal ihre eigentliche Rolle. Statt die demokratiestützende Funktion von Journalist\*innen zu respektieren, bedienen sie sich journalistischer Mittel, um ihre Positionen besonders zur Geltung zu bringen. In einem Beitrag des TV-Medienmagazins "Zapp" thematisiert die Journalistin Katharina Schiele das Problem: Die Minister\*innen Andreas Scheuer, Svenja Schulze und Jens Spahn zum Beispiel produzieren Live-Gespräche, Podcasts und Talkformate und bewerben diese über ihre Social-Media-Auftritte. Scheuer lässt sich offenbar von einer Mitarbeiterin, die Journalistin spielt, Bürger\*innenfragen servieren, Jens Spahn hat einen Schauspieler als Moderator engagiert. Der "Zapp"-Beitrag weist auf die Gratwanderung hin: Natürlich dürfen Parteien oder Ministerien über ihre Arbeit informieren. Aber sie dürfen dies nicht aus Steuermitteln finanzieren und sie dürfen nicht ohne Konzession "Rundfunk" machen, also nichts, was regelmäßig und redaktionell gestaltet

Entscheidend ist: Mit ihrer Polit-PR versuchen Politiker\*innen – für ein breites Publikum unmerklich – Journalismus zurückzudrängen. Sie entziehen sich systematisch der Konfrontation mit Fehlern, kritischen Nachfragen, letztlich der Debatte, und sie verweigern damit den Bürger\*innen die Chance auf eine informierte Reflexion über aktuelle Themen. Ausgerechnet Politik nutzt aus, dass die Medienkompetenz in unserer Gesellschaft verbesserungswürdig ist und viele Menschen sich schwertun, PR und Journalismus voneinander unterscheiden zu können.

### Der Ast der Glaubwürdigkeit

Journalismus wiederum problematisiert diese Entwicklung nicht nur eher selten, sondern befördert sie teilweise noch. Ein Beispiel sind Gastbeiträge von Politiker\*innen z.B. in Tageszeitungen. Marvin Oppong hat sie sich in einer kleinen Studie näher angesehen. Gastbeiträge sind zeitökonomisch reizvoll: PR-Berater\*innen nimmt diese Möglichkeit viel Arbeit ab, denn ohne das Format "Gastbeitrag" wäre es weit aufwändiger für sie, dieselben politischen Botschaf-

ten mit vergleichbarer Reichweite und Bedeutungszuschreibung zu platzieren. Auch Redaktionen nimmt ein Gastbeitrag Arbeit ab, wenn sie ihn so ins Blatt setzen, wie das üblich ist: Ohne Einordnung, ohne Reflexion. Oppong hat im Auftrag der Otto Brenner Stiftung 72 Beiträge, die zwischen Januar und Juli 2020 in der "Süddeutschen Zeitung", in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" sowie im "Tagesspiegel" erschienen sind, kursorisch untersucht. Freilich: der Untersuchungszeitraum ist kurz, und das Sample könnte auch "Bild", "Welt" etc. umfassen. Dennoch: Die Analyse der gegenwärtigen Gastbeitrags-Praxis macht klar, dass so keine Darstellungsform für unabhängigen Journalis-

Ein Beispiel ist der Gastbeitrag von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) im Juli 2020 im "Tagesspiegel" zu den Vorteilen von Gentechnik. Das Problem ist nicht, dass sie selber die Nachteile und

mus aussieht.

Marlis Prinzing ist Professorin für Journalismus an der Hochschule Macromedia in Köln und Studiendekanin. Gemeinsam mit Roger Blum gibt sie bei Halem (Köln) das Handbuch Politischer Journalismus



Risiken ausklammert, sondern dass keine Gegenposition oder kein Kommentar dem Meinungsbeitrag der Ministerin gegenübergestellt wurde. Dies wäre ein Angebot an das Publikum, sich selbst ein Bild zu machen, statt den Diskurs vor allem sozialen Medien zu "überlassen". Das Entscheidende aber ist, dass all dies Wasser auf die Mühlen einer Zuschreibung sein dürfte: Denn diverse Studien weisen nach, dass insgesamt in der Bevölkerung und speziell auch unter Lehrkräften, die Medienbildung betreiben sollten, die Wahrnehmung verbreitet ist, Politik nehme direkt auf Journalismus Einfluss. Oppongs Befunde sind auch deshalb ein Warnhinweis: So publizierte Gastbeiträge tragen dazu bei, dass genau dieser Eindruck bestätigt wird. Damit sägt auch Journalismus selbst am Ast seiner Glaubwürdigkeit.

### **Helden und falscher Applaus**

Medien küren immer wieder Politikhelden (z.B. Martin Schulz, SPD, Karl-Theodor zu Guttenberg, CDU etc.) und demontieren sie später. Beides ist weder sachgerecht noch klug, weil Journalist\*innen, die so vorgehen, wiederum das Ansehen ihrer eigenen Berufsgruppe beschädigen. Jüngstes Beispiel einer Heldinnenkür: Das ProSieben-Moderationsduo Thilo Mischke und Katrin Bauerfeind applaudierten im "ProSieben Spezial" der Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, zu Ende des Gesprächs und leisteten sich damit einen journalistischen Offenbarungseid.

Journalist\*innen wird immer wieder vorgeworfen, sie hätten eine Schlagseite zugunsten von Links und Grün. Doch: Selbst aus einem bestimmten Sozialmilieu zu stammen, bedeutet noch lange nicht, unprofessionell zu sein. Auf (professionelle) Distanz gehen zu können, gehört ja gerade zum journalistischen Basishandwerk.

Die Moderator\*innen Bauerfeind/Mischke bestärkten das Klischee der Linkslastigkeit und ramponierten die Glaubwürdigkeit des professionell arbeitenden Politikjournalismus. Klatschen ist etwas anderes als in einem Kommentar nach Abwägen diverser Argumente zum Schluss zu kommen, Person A scheint geeignet oder Position B eher zutreffend: Applaus ist kein Kommentar. Das Moderatorenduo bediente noch manches Klischee und wollte wohl durch Albernheit im Kneipenstil Nähe erzeugen. Beispiel-Anmoderation: Gewänne sie, Baerbock, die Wahl und würde Kanzlerin, dann müsse sie es mit Leuten aufnehmen, die viel mehr Erfahrung in solchen Jobs haben als sie. Darauf folgten Fragen wie: "Ist das so, als hätte man bislang in der Economy-Class den Tomatensaft ausgegeben und soll jetzt den Jumbo-Jet fliegen...?" Und: "Braucht man da Eier bzw., in Ihrem Fall, Eierstöcke?"

Die Antwort von Baerbock auf die Eierfrage beantwortet auch, was professionellen Journalismus auszeichnet: "Da braucht man vor allen Dingen eine klare Haltung."

Marlis Prinzing «

# Handwerks-Check: Wahlberichterstattung

Wahlen sind Schlüsselereignisse des demokratischen Systems. Sie geben Anlass zur Bilanz: Wo stehen wir? Wohin wollen wir uns entwickeln? Politischer Journalismus ist Rückgrat dieses Systems. Denn sein Kernauftrag besteht darin, den Wahlberechtigten den Zugang zu Informationen über Parteien, Themen und Kandidierende zu verschaffen. Das soll sie befähigen, sich selbst ein Bild zu machen. Je überlegter und differenzierter sich kundige Journalist\*innen aus einem gut bestückten Handwerkskasten bedienen, desto bedeutsamer und nützlicher wird die Wahlberichterstattung für die Bürger\*innen.

Medien können zum einen der Agenda von Parteien, Kandidierenden etc. folgen und berichten, was in ihren Programmen steht etc.; Medien können aber auch selbst aktiv werden, indem sie Politiker\*innen interviewen, porträtieren, Themen analysieren, Reportagen über Wahlkampfveranstaltungen etc. erstellen sowie selbst ein Forum bilden: Medienhäuser können Podien und Diskussionsrunden organisieren und damit Zeit und Raum schaffen für Fragen und Anliegen aus der Zivilgesellschaft – und sie dabei auch mit Kandidierenden ins Gespräch bringen, also das Konzept des "Public Journalism" anwenden oder auch das des Konstruktiven Journalismus, indem z.B. in diesem Rahmen bei geeigneten Themen auch Handlungs- und Lösungswege zur Diskussion gestellt oder entwickelt werden.

Wichtig ist für Redaktionen folglich: ein Konzept. Und eine Haltung: journalistische Medien sollten Wahlen als Gelegenheiten sehen, um Bürger\*innen miteinander aktiv ins Gespräch zu bringen und ihnen zu vermitteln, welchen Sinn eine demokratische Verfassung und demokratische Mitbestimmung haben – sowie Medien, die informieren, warnen, kritisieren, kontrollieren, aufklären, Menschen helfen, sich zu artikulieren und ihnen das Gefühl vermitteln, dass ihnen nützt, was sie aus Medien erfahren und dass sie sich auf dieser Grundlage eine Meinung bilden können.

Die Wissenschaft teilt Politik und in der Folge auch Arbeitsfelder des politischen Journalismus in drei Felder ein. Die Qualität von Wahlberichterstattung ist auch daran erkennbar, ob wirklich alle drei hinreichend bedient werden. Häufig steht – zu Lasten der beiden anderen, Politics im Vordergrund, also die Konflikte, Kämpfe, Schlagabtausche, die Spielarten der Machtdurchsetzung. Policy (Politikinhalte, also z.B. die Programme der Parteien, die Positionen und ihr Kontext) sowie Polity (Systemzusammenhänge der Politik, Normen, Wahlverfahren) müssten bewusst stärker bedient werden, wenn Berichterstattung die umfassende Orientierung der Bürger\*innen und damit eine informierte Teilhabe an demokratischen Kontroversen und Wahlentscheidungen zum Ziel hat.

Der Auftrag, das Publikum rund um Wahlen umfassend zu informieren, wird bei öffentlich-rechtlichen Medien noch darauf zugespitzt, dass sie ausgewogen und unparteiisch sein sollen. Der Südwestrundfunk hat z.B. in seinen Richtlinien zur Wahlberichterstattung das Prinzip der abgestuften Chancengleichheit beschrieben: Parteien gleichbehandeln heiße nicht, dass alle Parteien gleich oft im Programm vorkommen müssen, das wäre eine Ungleichbehandlung der größeren. Vielmehr müssten Parteien mit gleichen Wahlchancen gleichbehandelt werden und Parteien mit ungleichen Wahlchancen ungleich.

Zudem bleibt die auf Artikel 5 des Grundgesetzes gründende Rundfunkfreiheit auch bei der Wahlberichterstattung bestehen. Das sichert allen Redaktionen die Freiheit, die Auswahl der Themen nach journalistischen Kriterien zu treffen.

**Marlis Prinzing «** 

# Zwischen Utopie und Realität

### Vor 75 Jahren wurde die Filmgesellschaft DEFA gegründet

or 75 Jahren, am 17. Mai 1946, schickte der Münchner Kabarettist Werner Finck ein launiges Telegramm nach Babelsberg: "Ein ferner Wink von Werner Finck, damit das Ding

Euch wohl geling." Gemeint war die Deutsche Film-A.G., kurz DEFA genannt, die erste deutsche Filmfirma nach dem Zweiten Weltkrieg, die an jenem Tag eine Lizenz zur "Herstellung von Filmen aller Art" erhielt. Neben deutschen, darunter auch einigen aus dem Exil zurückgekehrten Filmschaffenden waren Kulturoffiziere der Sowjetischen Besatzungszone maßgeblich an der Gründung beteiligt. Und doch verstand sich die DEFA zunächst als gesamtdeutsches Unternehmen. Viele der frühen, hochfliegenden Träume endeten freilich bald im Alltag des Kalten Krieges und der deutschen Teilung.

In der DDR avancierte die DEFA zum Monopolbetrieb für Spiel-, Dokumentar- und Trickfilme. Als sie im Zuge der Währungsunion im Sommer 1990 ihren Status als "Volkseigener Betrieb" verlor, hatte sie rund 700 lange und 450 kurze Spiel-, 950 Animations- und mehrere Tausend Dokumentar- und populärwissenschaftliche Filme sowie Wochen- und Monatsschauen in die Kinos gebracht. Einige gingen um die Welt, manche wurden international ausgezeichnet. Dabei war die DEFA von der politischen Lage in der DDR und zwischen den Blöcken, den Schwankungen zwischen kulturpolitischem Tauwetter und neuen Erstarrungen abhängig. Keiner ihrer Filme entstand im luftleeren ideologiefreien Raum. Das war ihr Schicksal - und ist heute zugleich ein Glücksfall: Denn die Anbindung der Kunst an die Politik, die zeitweilig unbarmherzige Indienstnahme des Films durch die Agitation brachte immerhin zahlreiche zeitgeschichtliche Dokumente hervor.

### Die besten Filme über die DDR

Am besten war die DEFA, wenn Authentizität und künstlerische, ästhetische Meisterschaft zusammentrafen - so wie in Spielfilmen von Konrad Wolf, Heiner Carow, Frank Beyer und anderen, in Dokumentarfilmen von Jürgen Böttcher, Volker Koepp, Helke Misselwitz oder Petra Tschörtner, in Trickfilmen von Kurt Weiler, Sieglinde Hamacher oder Lutz Dammbeck. Der Regisseur Rainer Simon hat völlig Recht, wenn er heute, gerade im Blick auf das Nachwende-Kino resümiert: "Die besten Filme über die DDR wurden in der DDR gedreht."

Wenn in diesen Tagen, anlässlich des Jubiläums, wieder an die DEFA erinnert wird, spielen im Grunde immer dieselben Titel eine Rolle, beginnend mit dem ers-

Hildegard Knef und Ernst Wilhelm Borchert in "Die Mörder sind unter uns" (1946)

Eugen Klagemann

Jaecki Schwarz im Film "Ich war neunzehn" (1968)

Foto: Werner Bergmann

ten Film, Wolfgang Staudtes "Die Mörder sind unter uns" (1946), der die antifaschistische Traditionslinie begründete. Gern zitiert werden Frank Beyers verbotener Film "Spur der Steine" (1966) mit Manfred Krug und Heiner Carows "Die Legende von Paul und Paula" (1973). Von Konrad Wolf sind "Ich war neunzehn" (1968), die Geschichte eines jungen Deutschen in der Uniform der Roten Armee am Ende des Zweiten Weltkrieges, und "Solo Sunny" (1980) präsent. Mit der Langzeitdokumentation über die "Kinder von Golzow", an der Winfried und Barbara Junge zwischen 1961 und 2006 arbeiteten, kommt ein weltbekanntes Dokumentarfilmprojekt ins Spiel.



Renate Krößner in "Solo Sunny" (1980)

Foto: Dieter Lück

Doch die DEFA war so viel mehr: In den Studios ent-

standen zahlreiche Märchen- und Genrefilme, es gab Western, in der DDR "Indianerfilm" genannt, und Science-fiction, Opern- und Revuefilme und spektakuläre Literaturadaptionen wie Konrad Wolfs "Goya" (1971) im 70-mm-Format. Babelsberg öffnete seine Tore für Co-Produktionen: so in den 1950er-Jahren, als Simone Signoret und Yves Montand hier in "Die Hexen von Salem" oder Jean Gabin in "Die Elenden" spielten. Der niederländische



Alle Fotos mit freundlicher Genehmigung der DEFA-Stiftung

"Das Kaninchen bin ich" mit Angelika Waller und Alfred Müller (1964-65)

Foto: Jörg Erkens





Dokumentarist Joris Ivens drehte bei der DEFA seine weltumspannenden Großproduktionen "Lied der Ströme" und "Die Windrose". Tschechische Künstler verfilmten mit der DEFA "Drei Haselnüsse für Aschenbrödel", den bis heute wohl am meisten ausgestrahlten Märchenfilm.

Seit Anfang 1999 ist die gemeinnützige DEFA-Stiftung alleiniger Rechteinhaber des

umfangreichen DEFA-Filmstocks und unternimmt vieles, um ihn ins Gespräch zu bringen. Wichtigste Voraussetzung ist dafür die Digitalisierung des "alten" Materials. Dank umfangreicher Fördermittel konnten bereits Hunderte DEFA-Filme digitalisiert werden - für

> die Auswertung in den Kinos, für Streams, DVDs und nicht zuletzt für die Fernsehausstrahlung. In Zusammenarbeit mit Partnern wie Icestorm, Progress, der Stiftung Deutsche Kinemathek, dem Bundesarchiv und anderen werden Retrospektiven auf Festivals ausgestaltet. Die Stiftung hat eine Buchreihe etabliert und unterstützt die "DEFA Film Library" an der Universität Amherst/Massachusetts, die seit mehr als zwanzig Jahren eine wissenschaftliche Beschäftigung amerikanischer

Universitäten mit dem DEFA-Erbe anregt und sogar eine umfangreiche DEFA-Filmschau im Museum of Modern Art (MoMA) in New York organisierte.

Sogar für Premieren ist, über dreißig Jahre nach dem Ende der DDR, das DEFA-Erbe noch immer gut. So brachte die Stiftung erst vor wenigen Tagen den Film "Fräulein Schmetterling", der bisher nur im Rohschnitt vorlag, in einer voll synchronisierten Fassung auf den Markt. Nach einem von Christa und Gerhard Wolf und Regisseur Kurt Barthel geschriebenen Drehbuch, gehörte er 1966 zu den zwölf gegenwartskritischen Arbeiten, die nach dem 11. Plenum des Zentdavon Zeugnis ab. Erschöpfung utopischer Energien

ralkomitees der SED verboten wurden. Diese Verbots-

filme, darunter Kurt Maetzigs "Das Kaninchen bin

ich", eine kritische Bestandsaufnahme der DDR-Justiz, oder Herrmann Zschoches "Karla", ein Film über Probleme der Volksbildung, hatten damals keineswegs

zum Sturz der bestehenden Ordnung aufgerufen, son-

dern einen "menschlichen Sozialismus" eingeklagt:

mehr Ehrlichkeit und Vertrauen, mehr Demokratie

und weniger Bürokratie. Nach den Verboten überwo-

gen zunächst Resignation und Anpassung. Und doch

drängten Filmleute der DEFA immer wieder auf größere Wirkungsräume: Filme wie Egon Günthers "Der

Dritte" (1972) oder "Die Schlüssel" (1974), Siegfried

Kühns "Das zweite Leben des Friedrich Wilhelm Georg Platow" (1973), Rainer Simons "Jadup und Boel"

(1981), Evelyn Schmidts "Das Fahrrad" (1982) und Ul-

rich Weiß' "Dein unbekannter Bruder" (1990) legen

Drei Generationen deutscher Filmkünstler konnten bei der DEFA, wenn auch in oftmals harten Kämpfen, "ihre" Stoffe verwirklichen. In den frühen Jahren waren das Männer wie Erich Engel ("Affaire Blum", 1948), die das antifaschistische Thema etablierten. In den mittleren 1950er-Jahren kamen Regisseure wie Wolf, Beyer, Carow, Günter Reisch ("Junges Gemüse", 1956) und Gerhard Klein ("Berlin - Ecke Schönhauser...", 1957) hinzu, die sich thematisch und formal von der Konvention verabschiedeten. Die dritte Generation, zu der Lothar Warneke ("Dr. med. Sommer II", 1970), Roland Gräf ("Bankett für Achilles", 1975) und Rainer Simon ("Männer ohne Bart", 1973) zählten, brachten einen dokumentarischen Gestus in ihre Alltagsfilme ein. Nur die vierte Generation, die um 1980 ins Spielfilmstudio kam, vermochte ihre Sicht auf die Wirklichkeit kaum mehr durchzusetzen. Deutlich war im letzten Jahrzehnt der DDR im DEFA-Schaffen eine "Erschöpfung der utopischen Energien" (Jürgen Habermas) spürbar.

Am 9. November 1989, dem Tag des Mauerfalls, hatte Heiner Carows "Coming out" Premiere, der als Aufforderung verstanden werden konnte, sich in aller Offenheit zu sich selbst zu bekennen. Peter Kahanes "Die Architekten" (1990) und Jörg Foths "Letztes aus der DaDaeR" (1990) gerieten zu zornigen Abschieden von einem Land, dem man in Liebe und Hass verbunden war. - 1992 wurde das Babelsberger Spielfilmgelände an den französischen Konzern CGE, einen Betreiber von Wasserwerken, verkauft. Inzwischen haben die Besitzer mehrfach gewechselt; das Studio, das einst eigene Filme hervorbrachte, versteht sich nun vor allem als Dienstleister für Fremdfirmen. Die DEFA ist vollendete Vergangenheit. Ihre Überlieferungen jedoch sprechen eine beredte Sprache, wenn es darum geht, gelebtes Leben noch einmal nach Hoffnungen und Enttäuschungen, Träumen und Realitäten, nach ethischen Prinzipien und künstlerischen Kompromissen Ralf Schenk « zu befragen.

Jutta Hoffmann und Armin Mueller-Stahl in "Der Dritte" (1972)

Foto: Ingo Raatzke,



"Letztes aus der DaDaeR" mit Hans-Eckardt Wenzel und Steffen Mensching (1990)

Foto: Thomas Plenert



**Donatas Banionis** in "Goya - oder der arge Weg der Erkenntnis" (1971)

# Springer-Deal mit Facebook

### Plattform zahlt nun für Inhalte führender Medienmarken



itte Mai startete Facebook sein journalistisches Angebot "News" in Deutschland. Überraschenderweise ist auch der Axel Springer Verlag mit im Boot. Sehr zum Verdruss der Zeitungsbran-

che: Viele Verleger befürchten eine Interessenkollision, wenn der Springer-Dienst Upday als Kurator für die ausgespielten Presseinhalte auftritt.

Facebook News ist ein Bereich innerhalb von Facebook, in dem ausschließlich Nachrichten und Inhalte journalistischer Medien zu finden sind. Nach den USA und Großbritannien startet der neue Dienst jetzt auch in Deutschland. Zu finden ist er unter einem neuen Reiter in der Facebook-App. Die wichtigsten Schlagzeilen und Geschichten laufen unter der Headline "Top-Meldungen". Zusammengestellt werden sie von einer Redaktion der Firma Upday, einer Tochter des Springer Verlags, die bislang vor allem News für Samsung Smartphones aggregiert hat. Ein zweiter Teil läuft unter dem Titel "Neues für dich". Dabei handelt es sich um personalisierte Nachrichten, ausgespielt auf Grundlage der Inhalte, die die User lesen, teilen und abonnieren.

Facebook News hat nichts mit dem seit langem existierenden hauseigenen "Newsfeed" zu tun. Mit diesem neuen Angebot will Facebook vielmehr seinem schlechten Ruf entgegenwirken, Verbreiter von Lügen und Verschwörungserzählungen zu sein. Nicht zuletzt durch Algorithmus getriebene Verstärkung von Fake News und Clickbait-Überschriften, so konstatieren Kritiker, habe es zum Aufstieg von Populisten wie Donald Trump maßgeblich beigetragen. Daher zentriert sich der Dienst auf Medien, die bestimmte Qualitätsstandards einhalten. Anders als im gewöhnlichen Feed soll Facebook News nicht nur relevante Nachrichten anzeigen. Neu ist vor allem, dass die Verlage dafür Geld bekommen.

Eine überraschende Wende in der Geschäftspolitik von Facebook. Bislang vertrat der US-Konzern die Auffassung, die Verlage würden für ihre Inhalte ausreichend entlohnt: mit Reichweite. Für Facebook News lautet der Deal nun: Inhalte gegen Reichweite UND Geld. Kein Wunder, dass fast alle namhaften Verlage, die sich bisher von Facebook um den Lohn für ihre teuer produzierten Inhalte betrogen fühlten, mit an Bord sind. Schon beim Start stehen die meisten führenden Medienmarken unter Vertrag: "Spiegel",

"Zeit", Funke, Gruner + Jahr, "Faz", SWMH, "Tagesspiegel", "taz", etc. Über die Konditionen des Deals hüllen sich die Beteiligten in Schweigen. Laut Jesper Doub, Director of News Partnerships EMEA bei Facebook, handelt es sich um ein "deutlich zweistelliges Millionen-Investment" auf dem deutschen Markt.

Bis vor gar nicht so langer Zeit hatte Springer Facebook News (und dem nach gleichem Geschäftsmodell funktionierenden Google News Showcase) die kalte Schulter gezeigt. Es sei problematisch, wenn einige Plattformen versuchten, "einerseits selbst zu Nachrichten-Medien zu werden und andererseits einige zuliefernde Verlage mit unangemessen niedrigen Vergütungen abzuspeisen", monierte Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner. Ende Januar hatte er sogar bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen um Unterstützung gegen Google, Amazon, Facebook & Co geworben. Europa müsse die Daten-Absaugerei der Tech-Giganten stoppen, denn "totale Transparenz endet immer totalitär".

Jetzt plötzlich klingt es ganz anders: Die "globale Kooperation" mit Facebook sei "ein strategischer Meilenstein für unser Haus und die ganze Branche". Das Verhältnis zwischen Inhalte-Anbietern und Plattformen sei nun "für beide Seiten fairer und berechenbarer geworden". Für Springer selbst trifft das wohl zu. Denn nach Lage der Dinge profitiert der Verlag doppelt und dreifach vom neuen Facebook-Dienst. Ab demnächst kassiert er Lizenzgebühren für das Bereitstellen von Inhalten auf Facebook News. Außerdem fallen zusätzliche Lizenzzahlungen aus dem neuen Leistungsschutzrecht an. Denn die sind in der Absichtserklärung beider Unternehmen "ausdrücklich ausgenommen". Springer-Aggregator Upday schließlich erzielt Einnahmen für das Kuratieren von Facebook News insgesamt.

Rein geschäftlich dürfte es sich für Facebook nicht lohnen, Verlagen beträchtliche Summen für Inhalte zu zahlen, die sie – wie bislang Usus – auch so verlinken könnten. Dass der Konzern nach jahrelangem Sträuben jetzt überraschend doch zu Abmachungen mit den Verlagen bereit ist, hat indes wenig mit dem Streben nach mehr "Fairness" zu tun. Eher schon mit dem wachsenden Druck der internationalen Politik gegen seine bislang kompromisslosen Geschäftspraktiken. Hinter den Deals mit ausgewählten Verlagen in einigen Ländern steckt das Kalkül, auf diese Weise gesetz-



Das alte Hochhaus und der Neubau des Axel Springer Verlages in Berlin. Skulptur: "Balanceakt" von Stephan Balkenhol

Foto und Retusche: Petra Dreßler



lichen Forderungen auf Lizenzzahlungen zu entgehen. Australien hat es vorgemacht, und auch hierzulande verfolgte Facebook wohl das Ziel, Druck aus dem Streit um die Urheberrechtsreform zu nehmen.

Das vermutet auch Margit Stumpp, medienpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. Man werde "sehr genau beobachten, ob die Kooperation mit Facebook News am Ende wieder zu Lasten der Journalistinnen und Journalisten geht". Eine Bezahlung für die Verwertung von journalistischen Inhalten sei

nichts Besonderes, sondern müsse selbstverständlich sein. Die Verlage sollten sich nicht zu sehr auf diesen Deal verlassen. Denn, so Stumpp, "ohne eigenen tragfähigen Online-Vertrieb machen sie sich auf Dauer noch abhängiger von Facebook und Google, als sie ohnehin schon sind".

Unter den Wettbewerbern Springers auf dem deutschen Markt wächst dagegen der Unmut. Dass ausgerechnet Upday als Kurator für die ausgespielten Presseinhalte bei Facebook News agiert, schürt Misstrauen. Nicht wenige Verlage befürchten, dass die Springer-Tochter Inhalte der eigenen Marken "Bild" und "Welt" bevorzugen könnte. Dabei gerät naturgemäß vor allem Springer-Vorstandschef Döpfner ins Visier der Kritiker. Denn der ist in Personalunion auch Präsident des Bundesverbands Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV).

Schon bei früheren Gelegenheiten – etwa bei den Auseinandersetzungen um eine Liberalisierung des Kartellrechts – hatten sich Widersprüche zwischen den Interessen Springers und kleinerer Verbandsmitglieder aufgetan. Um jeden Verdacht auf eine Interessenkollision im Rahmen des Facebook-Deals zu zerstreuen, empfahl der Branchendienst "Meedia" Springer-Chef Mathias Döpfner, die News Auswahl lieber einem neutralen Dienstleister zu überlassen. Andernfalls drohe Döpfner möglicherweise ein Misstrauensantrag innerhalb des BDZV.

Aber auch so sind die langfristigen Folgen der Verlagskooperationen mit Facebook unabsehbar. Klar ist: Wer jetzt vom US-Konzern Geld kassiert, erlangt Vorteile gegenüber der Konkurrenz. Denn der Deal mit Facebook News garantiert speziell den Großen der Branche Zusatzeinnahmen und größere Reichweiten. Ob das auf lange Sicht der Medienvielfalt nützt, erscheint eher zweifelhaft.

Anzeige





Marie Lampert / Rolf Wespe Storytelling für Journalisten. Wie baue ich eine gute Geschichte? Praktischer Journalismus, 89 2021, 5., überarbeitete Auflage, 296 S., 52 Abb.,

ISBN (Print) 978-3-7445-2016-4 ISBN (PDF) 978-3-7445-2017-1

8 Tab., 240 x 170 mm, dt.



Peter Benkowitz

Corporate Film.

Workbook für Filmemacher

Praxis Film, 80

2021, 2., völlig überarbeitete Auflage, 232 S.,
10 Abb., Broschur, 185 x 120 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-7445-1159-9 ISBN (PDF) 978-3-7445-2011-9

### Komplettes Programm unter https://www.halem-verlag.de



Volker Wolff / Tanjev Schultz / Sabine Kieslich Zeitungs- und Zeitschriftenjournalismus. Schreiben für Print und Online Praktischer Journalismus, 67 2021, 3., völlig überarbeitete Auflage, Broschur, 240 x 170 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-7445-2053-9 ISBN (PDF) 978-3-7445-2054-6

#### **Berliner Abendblatt**

# Anzeigenzeitung wird eingestellt



us für das "Berliner Abendblatt": Im August stellt der Berliner Verlag nach 30 Jahren sein auflagenstarkes Anzeigenblatt ein. Direkt betroffen sind acht Beschäftigte, außerdem die Druckerei

BVZ Zeitungsdruck und eine unbestimmte Zahl von Zusteller\*innen der "Last Mile" in Berlin.

Das "Berliner Abendblatt" erscheint seit Oktober 1991 als wöchentliche Gratiszeitung. Die Gesamtauflage von ca. 1,45 Millionen Exemplaren verteilt sich auf 23 Lokalausgaben innerhalb von Berlin. Das Blatt spielt in der Hauptstadt eine führende Rolle als Trägermedium für die Sammelverteilung der wöchentlichen Prospekte von Einzelhandelsketten und sichert so, laut Selbstdarstellung, auch "eine Zustellung an die bis zu 20 Prozent Werbeverweigerer".

"Das Geschäftsmodell der kostenlosen Anzeigenzeitungen steht unter massiver Kritik der Umweltverbände", so die Geschäftsleitung in ihrer Mitarbeiterinformation vom 28. Mai. Dieser "richtigen, für zukünftige Generationen existentiell wichtigen Diskussion" dürfe der Verlag sich nicht verweigern. Dies entspreche sowohl der Digitalstrategie des Hauses als auch dem Wunsch, "Produkte mit schlechter Umweltbilanz … zu hinterfragen". Deshalb habe man entschieden, "die Produktion des Berliner Abendblatts einzustellen". Betriebsbedingte Kündigungen seien nicht geplant. Man werde sich bemühen, "Lösungen für eine sinnvolle Weiterbeschäftigung für jede einzelne Mitarbeiter\*in im Verlag und im gesamten Konzern" zu finden.

Der Betriebsrat zeigte sich überrascht von der Entscheidung. Vor dem Hintergrund der durch Corona ausgelösten Umsatzverluste habe man zwar geahnt, dass das Blatt zur Disposition stehe. Aber es habe keine Vorwarnung gegeben. Wie realistisch es sei, die betroffenen Kolleg\*innen – sechs aus der Redaktion, zwei aus dem Vertrieb – in die digitalen Medien des Hauses einzubinden, sei "schwer einzuschätzen".

Betroffen sind auch die Beschäftigten der BVZ Zeitungsdruck GmbH, einer 100prozentigen Tochter der Berliner Verlags. "Immerhin büßt der Betrieb mit dem Verlust des Druckauftrags für das Wochenblatt rund 20 Prozent des jährlichen Auftragsvolumens ein", erläutert Alfons Paus, ver.di-Sekretär der Fachgruppe Verlage, Druck und Papier. "Betriebliche Kündigungen sind einstweilen ausgeschlossen" – bis Ende 2023 gilt ein tarifvertraglich vereinbarter Kündigungsschutz. Über die Auswirkungen für die rund 2.700 Zeitungszusteller\*innen der Vertriebsorganisation "Last Mile" vermag er keine Auskunft geben.

Günter Herkel <<



### Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt.

Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor.



ir stellen uns auf die Seite der Engagierten in der Zivilgesellschaft, aber ohne Lobhudelei, nach journalistischen Standards", erklärt Tom Waurig, verantwortlicher Redakteur von Veto. Dem Magazin gelang es, in der Coronazeit ein Publikum zu finden – mit Geschichten über Menschen, die "Dinge

bewegen und nicht ständig nur meckern".

Die Idee zum Aufbau des Magazins entstand 2018 in einer Kneipe in Dresden, die er mit Journalistin Susanne Kailitz, Grafikdesignerin Mandy Münzer und Fotograf Benjamin Jenak besuchte, erzählt Waurig, der bei einer Initiative gegen Rechtsextremismus Pressearbeit machte. Zusammen mit Kailitz gründete er "Die Rederei" als gemeinnützigen Träger für das Veto-Magazin. Beide arbeiteten bis Oktober 2019 ehrenamtlich. Auf der Website, die Anfang des ersten Corona-Jahres online ging, porträtieren sie jede Woche engagierte Menschen wie Noah Reißner, der sich im Lausitzer Braunkohlegebiet Cottbus bei "Fridays for Future" engagiert oder Thủy-Tiên Nguyễn, die sich gegen anti-asiatischen Rassismus mit #IchBinKeinVirus wehrt. Das Print-Magazin sei "breiter aufgestellt" – neben Porträts gebe es Interviews, Analysen, Reportagen und Kolumnen, etwa der queerfeministischen Musikerin Sookee.

Vor der ersten Ausgabe im April 2020 mit dem Thema "Klimaprotest" sammelte das Veto-Team per Crowdfunding 10.000 Euro ein. Außerdem unterstützen Amadeu-Antonio-Stiftung, ZEIT-Stiftung, Schöpflin-Stiftung und GLS Treuhand das Magazin und decken die Hälfte der Kosten. Mit einer Auflage von 5.000 Stück erscheint das Heft zum Preis von 7 Euro viermal im Jahr. Zwei der mittlerweile fünf Ausgaben sind vergriffen, die sechste zu "Nähe" erscheint am 15. Juni. Um "Impulse für größere Medien zu setzen" und den "Menschen, über die wir schreiben, mehr Reichweite zu verschaffen", so Waurig, können Zeit Online, taz, Frankfurter Rundschau und Edition F Veto-Texte honorarfrei publizieren. Die Artikel auf der Veto-Website würden von 1.000 bis 5.000 Menschen gelesen. Das Print-Magazin spreche vor allem Menschen zwischen 20 und 40 Jahren in Großstädten wie Berlin, Hamburg, Köln oder Leipzig an. Dort werde es auch am Bahnhofskiosk verkauft, um aus "der eigenen Blase rauszukommen."

Das vierköpfige Gründungs-Team hat sich inzwischen vergrößert auf 12 Mitarbeitende in der "Rederei", zu der außer Veto auch Medienbildungsprojekte und eine Agentur für zivilgesellschaftliche Themen gehören. Die Redaktion plant Webartikel und Magazinausgaben inhaltlich und beauftragt dann Journalist\*innen, die ein Gespür und Vorwissen für die Themen, z.B. Klimagerechtigkeit oder Schwarzen Aktivismus mitbringen. "Alle erhalten Honorar", versichert Waurig und das Medienprojekt trage sich.

Bärbel Röben «

# Das Zubrot zum Honorar

### VG Wort und Bild-Kunst verhelfen Urheber\*innen zu ihrem Geld



er Redakteur einer angesehenen Nordbayerischen Tageszeitung geht nach 40 Arbeitsjahren in den wohlverdienten Ruhestand. Er wusste

nichts von den Verwertungsgesellschaften VG Wort und Bild-Kunst. Damit hat er auf erkleckliche Zusatzeinnahmen verzichtet, auf die er als Urheber unzähliger Textbeiträge einen Anspruch hat. Immer wieder ist auch von "Freien" zu hören, die ebenfalls darauf verzichten, aus Unwissenheit? Obwohl gerade Freie doch mit jedem Cent rechnen sollten.

Ganz am Anfang jeder Journalist\*innenausbildung oder Volontariatskurses gehört klar gesagt: "Schließe Wahrnehmungsverträge mit den VG Wort und Bild-Kunst ab: bevor Du etwas schreibst, vor Deinem ersten Foto." Wer in die Selbstständigkeit geht, wird in dafür angebotenen Seminaren (auch von ver.di) zum Thema fündig. Doch das wahre Beispiel jenes Redakteurs in Ruhestand beweist: Bis heute wissen nicht alle Journalist\*innen, was die VGs tun, wie sie arbeiten – und welche Geldsummen von ihnen an Urheber\*innen verteilt werden.

### Wofür sind Verwertungsgesellschaften da?

Diese VGs nehmen - flapsig formuliert - die Rechte aller Autor\*innen von Texten und Bildwerken in Deutschland wahr. Wenn irgendwo etwas gespeichert, verbreitet, kopiert, gesendet wird: Dafür müssen Hersteller und Dienstleister Verträge mit den VGs abschließen und Vergütungen bezahlen. So tragen Drucker-, Speicherchip-, Mobiltelefon- oder Computerhersteller erhebliche Summen bei, aber auch Bibliotheken oder Pressespiegel digital wie analog. Die so gesammelten Gelder wiederum stehen allen Urheber\*innen zu, natürlich vermindert um Anteile für die Verwaltung oder besondere Fonds. Geregelt ist das aktuell im so genannten Verwertungsgesellschaftengesetz (VGG) aus dem Jahr 2016. Im erst Ende Mai 2021 von Bundestag und Bundesrat beschlossenen "Gesetz zur Anpassung des Urheberrechts an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarktes" wurden die VGs sogar noch einmal gestärkt und mit weiteren Aufgaben betraut.

## Wie arbeiten VG Wort und VG Bild-Kunst?

Sie tun das, was die Urheber\*innen beschließen. Natürlich nur für jene, die mit der VG Wort oder der VG Bild-Kunst einen Wahrnehmungsvertrag für ihre Tätigkeitsfelder abgeschlossen haben. Die einfachen Vertragsformulare sind bei den VG erhältlich. Es entstehen keine Kosten, nur eine Unterschrift ist notwendig. Mitbestimmen können aber grundsätzlich nur Mitglieder beider Gesellschaften. So kann jeder Wahrnehmungsberechtigte bei der VG Wort auf Antrag für einen sehr überschaubaren Jahresbeitrag Mitglied bei der VG Wort werden. Voraussetzung ist, dass er oder sie über einen mehrjährigen Zeitraum eine definierte Vergütungs-Ausschüttung bekommen hat. Im Unterschied dazu sind bei der VG Bild-Kunst Wahrnehmungsberechtigte automatisch Mitglied.





Doch egal ob Mitglied oder "nur" Wahrnehmungsberechtigte\*r: Diese Ausschüttungen sind über Verteilungspläne klar geregelt und stehen allen entsprechend ihrer erbrachten Werke zu. Dieser Anspruch wird durch die einmal im Jahr erfolgte Meldung der Beiträge, Grafiken oder Bilder geltend gemacht. Wahrnehmungsvertrag plus Jahresmeldung, bringt also Geld in die Kasse. Ohne beides geht man leer aus

# Um welche Summen geht es dabei?

Nein, es sind keine Kleckerles-Beträge! Im Geschäftsjahr 2019 hat die VG Bild-Kunst 61,2 Mio. Euro "Gesamterträge" erzielt und davon 57,4 Mio. Euro ausgeschüttet. Der Geschäftsbericht der VG Wort weist für 2019 Einnahmen von 156,1 Mio. Euro aus, ausgeschüttet wurden sogar 283,1 Mio. Euro, weil im Vorjahr Nachzahlungen eingenommen worden waren. Gerade für freie Kreative ergibt sich damit häufig ein ganz nettes Zubrot – bei vielen im vierstelligen Bereich und darüber. An der Stelle Achtung für dieses Jahr: Meldeschluss bei VG Bild-Kunst für 2020 ist der 30. Juni 2021.

Die Einnahmen für Online-Nutzung - der so genannte Bereich "METIS" - spielen im Übrigen bei der VG Wort eine immer stärkere Rolle. Die Nutzung der Beiträge wird entweder durch so genannte "Zählpixel" nachgewiesen, die vor allem große Verlagen in die Texte ihrer Autor\*innen einbauen. Texte auf Webseiten ohne "Pixel" können dagegen für die so genannte Sonderausschüttung gemeldet werden. Maximal 480 Texte werden berücksichtigt. Die würden für 2020 immerhin mit 1.632 Euro vergütet. Bei VG Wort können übrigens seit diesem Jahr auch Agentur-Autor\*innen ihre Beiträge melden, und zwar rückwirkend bis 2018. Meldefrist für METIS: 30. Juni 2021!

### Was bieten die VGs sonst noch?

Der Sozialfonds der VG Wort kann kurzfristig bei coronalen Einnahmeausfällen helfen: Ein zinsloses Darlehen von 1000 Euro ist bei Notlagen möglich; der Fonds wurde 2020 aufgestockt. Die Gelder bei der Stiftung Sozialwerk der VG Bild-Kunst sind "nicht üppig", heißt es. Dennoch: "Jede\*r in Not kann Anträge stellen." Von der "Stiftung Kulturwerk" der VG Bild-Kunst werden Projekte und Publikationen gefördert. Auch wenn "nicht jeder Antrag förderungswürdig" ist: Der Versuch kann sich Johnen.

Das finanziell attraktivste Angebot für freie Urheber\*innen bei VG Wort ist das Versorgungswerk. Hauptberuflich Freie, KSK-versicherte Wahrnehmungsberechtigte über 50, die eine private Alterssicherung aufbauen, können dafür einen einmaligen Zuschuss von bis zu 7.500 Euro bekommen. Der Betrag gilt als Einnahme, muss steuerlich angegeben werden, so wie alle anderen Ausschüttungen natürlich auch. Trotzdem: Nicht schlecht, oder?

Heinz Wraneschitz 

\*\*Common Schlieber St. Schlecht Schlech



eiterlesen

https://www.bildkunst.de/ https://www.vgwort.de/



Foto: Knut Henkel

# Polizeigewalt in Kolumbien

### Demonstranten und Pressevertreter gezielt beschossen

Jonathan Bock, FLIP-Direktor

Foto: FLIP

... 28. April bis
31. Mai insgesamt
3.789 Fälle von Polizeigewalt, wobei 45
Menschen getötet
wurden und es 65
Augenverletzungen
gab. 25 Mal kam es
zu sexueller Gewalt.
Es erfolgten
1.445 willkürliche
Festnahmen

olumbiens Polizeieinheiten zur Aufstandsbekämpfung (ESMAD) werden für Dutzende von Toten und Schwerverletzten seit dem Beginn der sozialen Proteste im Frühjahr verantwort-

lich gemacht. Dabei wurden auch Journalisten gezielt bei ihrer Arbeit angegriffen, kritisiert die Stiftung für Pressefreiheit (FLIP). Videos, Fotos und Zeugenaussagen aus Städten wie Sibaté, Cali und Popayán belegen das. Doch die Regierung in Bogotá geht auch verbal gegen kritische Berichte vor allem in den sozialen Medien vor: von Cyber-

Terrorismus ist die Rede. Für Jonathan Bock, FLIP-Direktor, ein Angriff auf die freie Meinungsäußerung.

Hollman Morris befragt gerade einen Demonstranten als Schüsse den Klangteppich aus Musik, Lachen und den vielen Stimmen sich unterhaltender Menschen zerreißen. Die Menschen an der Loma de la Dignidad in Cali, dem Epizentrum der sozialen Proteste, die Kolumbien seit Ende April in Atem halten, reagieren irritiert. Als den Schüssen aber nichts folgt, setzen die Gespräche wieder ein. Für Morris, ein erfahrener Bürgerkriegs-Reporter, nicht ganz nachvollziehbar, denn Gewalt gegen die Demonstranten, Angriffe auf die Barrikaden, die mehrere Straßen in der drittgrößten Stadt Calis unpassierbar machen, hat es in den letzten Wochen immer wieder gegeben. Oft sind es die berüchtigten Polizeieinheiten ESMAD (Escuadrón Móvil Antidisturbios), die 1999 zur Aufstandsbekämpfung gegründet wurden und derzeit staatliche Repression

Die Nichtregierungsorganisation Temblores meldete an die Europäische Union für den Zeitraum 28. April bis 31. Mai insgesamt 3.789 Fälle von Polizeigewalt, wobei 45 Menschen getötet wurden und es 65 Augenverletzungen gab. 25 Mal kam es zu sexueller Gewalt. Es erfolgten 1.445 willkürliche Festnahmen. Diese Zahlen, die derzeit in Kolumbien landesweit kursieren, gelten als glaubwürdig. Das brutale Vorgehen der Elite-Einheiten ist längst nicht mehr nur in Kolumbien ein Thema, sondern auch auf internationaler Ebene. UN-Organisationen, die Europäische Union, Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International, aber auch Organisationen für die Pressefreiheit wie Reporter ohne Grenzen haben sich mit kritischen Nachfragen an die Regierung in Bogotá gewandt. Zu Recht, so Jonathan Bock, Direktor der kolumbianischen Stiftung für Pressefreiheit.

"Uns liegen zahlreiche Videos vor, die zeigen wie Sondereinsatzkräfte des ESMAD gezielt mit Gaskartuschen, Gummigeschossen und anderer Spezialmunition auf Menschen schießen, die sich eindeutig als Pressevertreter gekennzeichnet haben und filmen. Hinzu kommen die verbalen Angriffe auf Medienvertreter durch Mandatsträger wie den Bürgermeister von Cali, der mehreren Redaktionen den Zugang zu Pressekonferenzen verwehrt hat", kritisiert Bock. Als alarmierend bezeichnet er die Tatsache, dass die kolumbianischen Behörden, allen voran die Regierung, angesichts des Ausmaßes der Angriffe auf die Pressefreiheit beharrlich schweigen. "Es gibt keine Entschuldigung, kein Bekenntnis zur Pressefreiheit, sondern Angriffe auf die Berichterstattung in den sozialen Medien", kritisiert Bock.

Von Seiten der Regierung macht der Begriff des "Cyber-Terrorismus" die Runde, wenn in den sozialen Me-

Aktion

dien über die Übergriffe der Polizei, aber auch der Militäreinheiten kritisch berichtet wird. Als Image-, nicht als strukturelles Problem wird die Kritik am brutalen Vorgehen der Ordnungskräfte wahrgenommen. Es geht eher darum, die Kritik zu unterdrücken, als sie ernst zu nehmen und Ermittlungen einzuleiten. Erst in den letzten Tagen gab es die ersten Berichte über Untersuchungen gegen Polizisten.

Aus Städten wie Cali oder dem weiter südlich liegenden Popayán wird immer wieder die Störung des Internet-Zugangs gemeldet. "Wir haben keine Belege dafür, dass die Regierung dafür verantwortlich ist. Es kann Schäden an der Infrastruktur, aber auch eine Überlastung der Netze gegeben haben – genaueres wissen wir nicht", sagt Bock. Doch zugleich weist er auf die Aussagen von Regierungsverantwort-

lichen hin, den Informationsfluss in den sozialen Medien kontrollieren zu wollen. "Das ist ein verheerendes, antidemokratisches Signal. Die staatliche Sicht der Dinge wird über die der Journalisten gestellt". Dazu passen die aktuellen Debatten hierzulande, ob staatliche Anzeigen nur noch an Medien, die der Regierung nahestehen, vergeben werden sollen.

Mediale Kontrolle scheint die Devise der Regierung des Präsidenten Iván Duqe zu sein, dessen politischer Mentor, Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez, kritische Journalisten wie Hollman Morris durch den Geheimdienst ausspionieren ließ. Morris, der weiterhin berichtet, aber auch politisch aktiv ist, warnte jüngst vor weiterer Gewalt gegen diejenigen, die er in

Cali interviewte. Viele hätten Morddrohungen von der lokalen Polizei erhalten, schrieb Morris am 20. Mai in den frühen Morgenstunden auf Twitter. Ob die Drohungen im Kontext der Ankündigung des Präsidenten stehen, die Blockaden in Cali und anderswo vom Militär räumen zu lassen, ist unklar.

Für Jonathan Bock wird so an der Gewaltspirale gedreht: "Die Regierung akzeptiert de facto das Demonstrationsrecht nicht, zudem werden immer wieder Journalisten, aber auch Bürgern und Bürger\*innen gehindert, zu filmen. Das ist eine Verletzung bestehenden Rechts und der Einsatz des Militärs verschärft die Situation weiter." Knut Henkel «

### Aktion für Rabah Kareche, Algerien

### Nach Bericht über Proteste inhaftiert



ie Polizei kam noch am Tag der Veröffentlichung. Am 18. April 2021 erschien ein Artikel des algerischen Journalisten Rabah Kareche über Proteste der Volksgruppe der Tuareg, die im Süden des Landes – in der Oasenstadt Tamanrasset –

für ihre Landrechte demonstrierten. Bereits Stunden später wurde Kareche festgenommen. Zunächst brachten ihn Sicherheitskräfte auf eine Polizeiwache und verhörten ihn ausführlich zu dem von ihm veröffentlichten Artikel. Anschließend kam er in Haft.

Die Staatsanwaltschaft am erstinstanzlichen Gericht von Tamanrasset erhob Anklage gegen Rabah Kareche wegen "Verbreitung von Fake News oder Informationen, die die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung gefährden" und "Schädigung der nationalen Sicherheit oder der nationalen Einheit" sowie wegen "Erstellung oder Unterhaltung einer Website zur Veröffentlichung von Informationen, die in der Gesellschaft Diskriminierung und Hass schüren" können. Ein von den Anwälten des Journalisten eingereichter Antrag auf vorläufige Freilassung wurde am 27. April vom Gericht abgelehnt. Kareche soll bis zu seinem Prozess in Haft bleiben – der Termin ist offen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Kareche wegen seiner journalistischen Arbeit ins Visier der Behörden geraten ist. In den beiden Monaten vor seiner Festnahme wurde er mehrfach vorgeladen und verhört. Kareche berichtete anschließend, dass ihn die Polizei unter Druck gesetzt habe, seine Quellen preiszugeben. Dies habe er abgelehnt.







Der Journalist arbeitet seit fast einem Jahrzehnt als Korrespondent der Zeitung "Liberté" in Tamanrasset. Seine Beiträge behandeln Themen wie soziale Gerechtigkeit, Korruption, Migration oder die Politik der Regierung. Seine Berichterstattung über Algeriens südlichste Region, die auch Militärgebiet ist, lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten der dort lebenden Tuareg-Bevölkerung. Deren Proteste gegen ihre wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung finden ansonsten wenig mediale Beachtung.

Seine Festnahme ist ein Beispiel für die Einschränkung der Medienfreiheit durch die Behörden. Die algerische Gesetzgebung ist geprägt von repressiven Bestimmungen, die eine Verfolgung von Journalist\*innen oder Blogger\*innen ermöglichen. Diese Gesetze sind vage formuliert und sehr weit gefasst, so dass sie willkürlich eingesetzt werden können.

### Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den algerischen Präsidenten und fordern Sie ihn auf, den Journalisten Rabah Kareche umgehend und bedingungslos freizulassen und die Pressefreiheit im Land zu achten. Schreiben Sie in gutem Arabisch, Französisch, Englisch oder Deutsch an: Abdelmadjid Tebboune · Présidence de la République Place Mohammed Seddik Benyahia · El Mouradia Alger 16000 · ALGERIEN E-Mail: president@el-mouradia.dz

#### Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

BOTSCHAFT DER DEMOKRATISCHEN VOLKSREPUBLIK ALGERIEN S.E. Herrn Nor Eddine Aouam Görschstraße 45–46 · 13187 Berlin Fax: (030) 48 09 87 16 · E-Mail: info@algerische-botschaft.de

### **Filmschaffende**

### Längere Ruhezeiten



Nach fünfmonatigen Verhandlungen gibt es einen Tarifabschluss für die rund 25.000 Filmschaffenden in Deutschland, der ab Sep-

tember bis Ende August 2023 gelten wird. Die ver.di FilmUnion erreichte gemeinsam mit der Schauspielgewerkschaft BFFS in Verhandlungen mit der Produzentenallianz bessere Arbeitszeitregelungen, längere Ruhezeiten sowie höhere Zuschläge bei Wochenendarbeit. Der Schauspiel-Tarifvertrag bekommt neue Regelungen zum Schutz bei Drehtags-Reduzierungen. Zudem wurde vereinbart, ab September bis spätestens Ende des Jahres 2021 abschließend über die Erhöhung der Gagen zu verhandeln. "Nach der Einführung von Zeitkonten 2006 und der Begrenzung von Tageshöchstarbeitszeiten auf zwölf Stunden 2018 ist uns nun der nächste Schritt zur Verbesserung der auf kurze Projektdauer befristeten Arbeit in Filmproduktionen gelungen", betonte Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Mehr unter M Online: https://kurzelinks.de/film-laeng-ruhe

### **CineStar**

### Verlängerte Laufzeiten



er.di und CineStar haben sich auf eine Verlängerung der geltenden Tarifverträge bis in das kommende Jahr hinein geei-

nigt. Die Verhandlungspartner tragen damit der schwierigen Lage der Kinobranche in der Corona-Krise Rechnung. Dabei hat ver. di insbesondere die wichtige Forderung der Mitglieder nach Beschäftigungssicherung in dieser von Unsicherheit geprägten Zeit durchsetzen können. Die ver.di-Tarifkommission hat dem Ergebnis am 26. Mai bereits einstimmig zugestimmt.

Die bestehenden Entgelt-, Entgeltrahmenund Manteltarifverträge gelten nun weiter bis zum 30. Juni 2022. Dabei wurde festgehalten, dass der gesetzliche Mindestlohn, der zum 1. Juli 2021 auf 9,60 Euro und zum 1. Januar 2022 auf 9,82 Euro steigt, keinesfalls unterschritten wird. Betriebsbedingte Kündigungen wurden weitgehend ausgeschlossen.

Mehr unter M Online: https://kurzelinks.de/cinest-laeng-lauf

### Rundfunk

### Für Freie mehr Mitbestimmung



er Deutsche Bundestag hat im April das Gesetz zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) – das

seit 1974 gilt - beschlossen. In seinen Geltungsbereich gehören auch die fünf länderübergreifenden Rundfunkanstalten Deutsche Welle, Deutschlandradio, NDR, MDR und RBB. Für sie wurde die Mitbestimmung in den Personalräten auf feste Freie ausgeweitet. Arbeitnehmerähnliche Freie habe künftig aktives und passives Wahlrecht. Das heißt, dass sie selbst in den Personalrat mit vollem Stimmrecht gewählt und von diesem vertreten werden können. Der hier zur Anwendung kommende Paragraf 116 BPersVG besagt, dass arbeitnehmerähnliche Personen als Beschäftigte anzusehen sind. Allerdings wurde auch eine "Ausnahme" formuliert. Demnach gelten arbeitnehmerähnliche Personen nicht als Beschäftigte, wenn sie "maßgeblich an der Programmgestaltung beteiligt sind".

Mehr unter M Online: https://kurzelinks.de/rundf-freie-stimm

### Trauer um Karl Königbauer

ei einem tragischen Unfall während einer Bergwanderung am Heuberg bei Brannenburg ist vor wenigen Tagen Karl Königbauer (65) ums Leben gekom-

men. Der erfahrende Bergsteiger, der auch schon einige Sechstausender bezwungen hat, ist offensichtlich abgestürzt und zog sich dabei tödliche Verletzungen zu.

Als Journalist hat Karl Königbauer sich mit Engagement und Genauigkeit einen Namen in der Region gemacht. Nach dem Studium der Sozialpädagogik in München und einem Ausflug in die Landwirtschaft fand er 1987 zur schreibenden Zunft, wurde leitender Redakteur in der Redaktion des "Oberbayerischen Volksblatt" in Wasserburg.

Sein soziales Engagement spiegelte sich auch in seiner aktiven Gewerkschaftsarbeit wider. Lange Jahre war er seit März 1994 Mitglied des Betriebsrats beim OVB. Bis zum Ende seiner beruflichen Tätigkeit im April 2018 – nach einigen Jahren als Stellvertreter – setzte er sich seit November 2014 als BR-Vorsitzender für die Belange



seiner Kolleg\*innen ein. Stets unaufgeregt, mit Augenmaß und klarer Linie.

Für die Berufskolleg\*innen war Karl Königbauer nahezu seine ganzes Berufsleben in der deutschen Journalist\*innen-Union (dju) engagiert. Schon als Volontär trat er 1987 der Gewerkschaft bei und war in vielfältiger Weise aktiv. Von 1992 bis 2017 war er dju-Vorsitzender in der Region, bei ver.di von 2014–18 Bezirksvorsitzender des Fachbereichs Medien und Mitglied der Bundestarifkommission. Seine Meinung war immer gefragt, sein Urteil überlegt und am Wesentlichen orientiert. Seine humorvolle Art wirkte ausgleichend und machte die Zusammenarbeit mit ihm stets angenehm.

C. Hasenmaile/K. Schrage <<

### Trauer um Bernd Köhler

ernd Köhler war ein Kümmerer durch und durch. Als Journalist, als Betriebsratsvorsitzender, als Vater und Partner. Als Freund. Er war einer, der nicht

ruhig schlafen konnte, wenn andere Sorgen hatten. Wie es ihm ging, spielt dabei keine Rolle. So leidenschaftlich lebte er, so kämpfte er. Beharrlich, und wenn es sein musste, wurde er laut.



Foto: Sächsische Zeitung

Er begann seinen Beruf bei einer Betriebsgewerkschaftszeitung, kam 1968 als 20-Jähriger zur "Sächsischen Zeitung", die ihn zum Journalismus-Studium delegierte. Nach der Wende wurde er 1990 zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt und nach der

60-Prozent-Übernahme des Verlages durch Gruner+Jahr, 40 Prozent hielt die SPD, gehörte er auch dem Konzernbetriebsrat des Medienhauses an. 1999 plante das Management, die Lokalredaktionen auszulagern. Dagegen streikten Redaktion und Verlag drei Wochen lang. Bernd war einer der Streik- und Verhandlungsführer. Das Ergebnis des Arbeitskampfes war ein Haustarifvertrag. In dieser Zeit war Bernd im Wortsinn Tag und Nacht Ansprechpartner für die Beschäftigten.

Bernd gehörte als Redaktionsvertreter neben der Druckerei- und Angestellten-Vertretung seit 1999 dem Aufsichtsrat von G+J an. 2003 wurde er auch zum Vorsitzenden des Konzern- und Eurobetriebsrats des Unternehmens gewählt – und blieb es bis zu seiner Rente 2013. Maßgeblich hatte er dazu beigetragen, die Spaltung der drei Konzernbetriebsräte von Bertelsmann, der RTL Group und G+J zu beenden. Er war über zehn Jahre Mitglied der Tarifkommissionen für Tageszeitungen in ver.di und Bezirksvorsitzender ver.di Dresden.

Aufgeben war nie sein Ding, auch seine Zuversicht hat er immer wieder zurückgewonnen. Der Krebs war am Ende stärker. Seine eindrückliche Stimme ist nun verstummt. Am 12. Juni wäre er 73 Jahre alt geworden. Wir trauern mit seiner Frau Gundula und den Töchtern Ina und Kati.

Holger Artus ≪

#### Urheberrecht

### Eine "mutlose Reform"



ls "mutlose Reform und Kapitulation vor dem Lobbydruck von Großverlagen und Internet-Plattformen" hat ver.di das am 20. Mai

vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinien zum Urheberrecht bezeichnet. Bei der umstrittenen Reform ging es darum, Urheberregelungen für die Nutzung im Internet anzupassen. Dabei sei die Chance verpasst worden, sie zugunsten professionell Kreativschaffender zu verändern, kritisiert ver.di.

Die Regierungskoalition setze mit diesem Gesetz "Verlage und Plattformen an die Festtafel mit Content und Werbung. Menschen, die die Inhalte schaffen, müssen mit dem Vorlieb nehmen, was vom Tisch herunterfällt", bewertet ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz die Reform. Die dringend notwendige Durchsetzbarkeit geltenden Rechts durch Gewerkschaften mit einem Verbandsklagerecht immer noch zu verweigern, könne man nur als "unterlassene Hilfeleistung" bewerten, so ver.di. Auch die Mitglieder des Bundestages wüssten, dass die meisten Urheber\*innen und ausübenden Künstler\*innen aus Sorge um die eigene berufliche Zukunft davor zurückschrecken, bestehende Ansprüche individuell einzufordern.

Mehr unter M Online:

https://kurzelinks.de/mutl-ref-urhb

### **Impressum**

M 2/2021 Jhg. 70
Menschen Machen Medien
Das medienpolitische
Magazin von ver.di erscheint
vier Mal im Jahr als PrintAusgabe mit jeweils einem
Schwerpunktthema.
M Online berichtet aktuell

aus der Medienbranche: https://mmm.ver.di.de Herausgeber:

ver.di Bundesvorstand Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender Christoph Schmitz, Leiter Ressort 7

### Redaktion:

ver.di Bundesverwaltung M Redaktion Karin Wenk (verantwortlich) Paula-Thiede-Ufer 10 10179 Berlin Tel: 030 / 69 56 23 26 Fax: 030 / 69 56 36 57 karin.wenk@verdi.de redaktion-m@verdi.de @Mx3\_Online https://www.facebook.com/ menschenmachenmedien/

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

#### Anzeigen:

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, Hof D/ Eingang D1, 10783 Berlin, Fax 030/740 73 16 54 anzeigen@ask-berlin.de

Ansprechpartnerin: Simone Roch, Strategische Kommunikation Tel. 030/740 73 16 32 Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 26 gültig ab 1.2.2021

### Gestaltung:

Layout: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de

#### **Druck und Vertrieb:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG Marktweg 42–50 47608 Geldern

### Abonnement:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt Tel 0711/700 15 - 30, Fax -10 service@verlag-weinmann.com Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten. Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive Mwst.). ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

#### Redaktionsschluss M: M 02.2021: 31.05.2021

M 02.2021: 31.05.2021 M 03.2021: 30.08.2021

#### International Standard Serial Number ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Weitere Publikationen:

Kunst und Kultur Online https://kuk.verdi.de/ verantwortlich: Valentin Döring Tel: 030/69 56 23 30

"Druck + Papier" verantwortlich: Jan Schulze-Husmann Tel: 030/69 56 23 12



Foto: transit-berlin/Gabriele Senft. Hintergrund: 123rf/Somchai Pringproh

"Die Arbeit von Menschen, die in künstlerischen Berufen und in der Kulturbranche tätig sind, gesellschaftlich sichtbar zu machen" ist ein wesentliches Ziel des "Jahres der Kulturschaffenden 2021", das die ver.di-Kulturbeauftragte und die ver.di-Kunstfachgruppen gemeinsam initiiert haben.

### Der Weg:

Musikerinnen, Bildende Künstler, Schauspielerinnen, Schriftsteller, Veranstaltungsmacher gehen als Lobbyisten in eigener Sache an die Öffentlichkeit. Ideen sind gefragt:

kulturschaffende@verdi.org

Inzwischen gibt es Vorzeigbares, das andere motivieren kann, auch aktiv zu werden.

https://kuk.verdi.de/
jahr-der-kulturschaffenden-2021/



